

Erscheint täglich außer Montags...
Abonnement-Preis für Berlin:
Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pfennig...

Vorwärts

Einzelnummern-Gebühr beträgt für die
häufigste Postzeitung oder deren
Raum 40 Pf., für Vereins- und
Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
Insereate für die nächste Nummer
müssen bis 4 Uhr Nachmittags in
der Expedition abgegeben werden...

Verantwortlicher: Amt G, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 24. Januar 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Aus dem irischen Lager.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so geht der Haus-
streit im irischen Lager seinem Ende entgegen. Nachdem
beide Gruppen ihre Kräfte gemessen und sich überzeugt hatten,
daß an einen schnellen Sieg der Einen über die Anderen
nicht zu denken ist, mußte Beiden ein Kompromiß als das
Wünschenswertheste erscheinen. Ob dieser bereits geschlossen
oder erst in seinen Umrissen entworfen ist, läßt sich für den
Außenstehenden noch nicht beurtheilen, soviel läßt sich aber
voraussetzen, daß, wenn er zu Stande kommt, er wahr-
scheinlich darin bestehen wird, daß Parnell sich zeitweilig
zurückzieht, die Partei aber die von ihm in der letzten Zeit
eingeschlagene Politik aufrecht erhält und damit seine Qua-
lifikation als Parteiführer noch nachträglich anerkennt.

Der leitende Gesichtspunkt dieser Politik ist von Parnell
in dem Manifest an das irische Volk, womit er den offenen
Brief Gladstone's an John Morley beantwortete, rücksichts-
los dargelegt worden. Mit dürren Worten hieß es darin,
daß Home Rule zwar eine sehr schöne Sache sei, daß man
es aber, und namentlich in der von den Liberalen
präsentierten Form, nicht auf Kosten der wirtschaft-
lichen Interessen Irlands — lies: der irischen
Pächter — erkaufen dürfe. Sei es für den Augenblick nur
um diesen Preis zu erlangen, müßten die englischen
Liberalen den Irländern zu, um der Home Rule Laube
willen, die sie ihnen verschaffen wollen, auf den fetten Spah-
den ihnen die konservative Regierung in der neuen Land-
ankaufs-Bill bietet, zu verzichten, um — so müßten eben die
Liberalen und ihre Home Rule Laube noch eine Weile
warten. Erst das wirtschaftliche und dann das nationale
Interesse.

Es ist das keine sehr ideale Politik und könnte einen
lyrisch veranlagten Menschen zur Verzweiflung bringen.
Aber sie hat den Erfolg für sich. In einer, am Sonntag
in Tralee (Südwest-Irland) gehaltenen Rede hat Parnell
das des Ausführlichen auseinandergesetzt. Er begann damit,
sich gegen den Vorwurf zu vertheidigen, daß er nur um
seiner persönlichen Angelegenheiten willen 1881 in den
Vertrag von Kilmainham (der ihm die Freiheit brachte) ge-
willigt. Er habe sich damals nicht geschämt, die Ver-
antwortung für diesen Vertrag auf sich zu nehmen,
und habe dafür gesorgt, daß er den Kleinbauern
und den ausgetriebenen Pächtern in dem 'Arrears
Act' (Gesetz über den Erlaß rückständiger Pachten)
Etwas des Annehmens Werthes verschaffte. Er
berief sich darauf, gerade in Tralee als Lösung der Land-
frage eine Methode vorhergesehen zu haben, die durch die
Gesetzgebung Schritt für Schritt bekräftigt worden sei und
bekämpfte die Ansicht derer, die da meinten, wenn die Land-
frage gelöst würde, so werde dies die nationale Sache
schädigen oder gar ruinieren. Weit entfernt, das National-
gefühl zu schwächen, würde die Vergebung der Pächter in
eine unabhängige und gesicherte Lage es vielmehr stärken.
Diese Ansicht habe er stets energisch vertreten, und wenn

viele seiner Parteigenossen anderer Meinung gewesen, so
hätten die Ereignisse ihm Recht gegeben. Das gelte zu-
nächst von den Agrargesetzen des Jahres 1881, und die
ihnen folgenden Maßregeln gleicher Natur hätten die
nationale Sache nicht geschwächt, sondern gefördert. Es
thue ihm leid, erklären zu müssen, daß einige Führer der
liberalen Partei — und dies sei bereits seit Monaten im
internen Kreise ein ernstlicher Grund von Meinungs-
verschiedenheiten zwischen ihm und seinen Genossen —,
daß einige Führer der Liberalen und einige irische Abgeordnete
noch immer die Gefahr zu fürchten schienen, die er bereits 1878
bestritten habe. Sie wollten die Landfrage nicht durch ein
Landankauf-System gelöst wissen, er aber wolle es. Parnell
schilderte darauf noch einmal den Gegensatz zwischen seiner
Stellung zur Landankauf-Bill der jetzigen Regierung und
der Stellungnahme der Liberalen zu derselben. Die Libe-
ralen hätten darauf bestanden, gegen eine Verweisung der
Bill an eine Kommission zu stimmen. Er dagegen wolle
dieselbe verbessern, nicht sie bekämpfen, und wenn man seinen
Rath befolgt hätte, so wäre die Bill materiell verbessert
worden, bevor der Miß in ihre Partei gekommen. Jetzt,
nachdem dies alles geschehen, kämen sie jedoch in der ersten
Stunde und erklärten durch den Mund von John Morley,
daß in dem Regierungsentwurf manches Gute enthalten sei
und daß man sehen müßte, so viel wie möglich daraus zu
machen. Bis 1886 habe Gladstone aufs Heftigste sich gegen
jede Revision der (von der Landkommission) gerichtlich fest-
gesetzten Renten widersetzt, dieselben seien in seinen
Augen heilig und für alle Zeit unantastbar gewesen.
1887 aber hätten sie — die Iren — die Tory-Regierung
gezwungen, dieselben herabzusetzen. Folgt dann noch eine
Schilderung der internen Differenzen in den Reihen der
englischen Liberalen, ein Ausfall auf die irischen Bischöfe,
deren Einmischung in die politischen Kämpfe die Sache
Home Rule's gefährde, weil sie den Feinden derselben den
Vorwand liefere, die Freiheit der Protestanten in Irland
bedürfe des Schutzes, und schließlich ein Angriff auf die
englischen Radikalen, die Ende vorigen Jahres von ihm
verlangt hätten, er solle der Regierungsvorlage für den
Bau von schmalspurigen Eisenbahnen in West-Irland
Opposition machen, als einem Versuch, die Vertreter und die
Bevölkerung der betreffenden Distrikte zu bestechen. Diesen
Herren habe er erwidert, er verspüre absolut keine Neigung,
ihnen zu willfahren. Die Maßregel sei für West-Irland
von gewissem Nutzen, das dafür benötigte Geld sei nur
ein kleiner Theil der ungeheueren Summe, die England
jährlich in Form von Abgaben von Irland beziehe, sie
werde vielen Arbeitern Beschäftigung verschaffen und
viele Irländer im Lande halten, die sonst gezwungen
wären, auszuwandern und dadurch die Sache Irlands zu
schwächen. Die Unterstellung aber, habe er hinzugefügt, daß
die Maßregel im Grunde wäre, irische Abgeordnete oder
irische Wahlkreise zu bestechen, müßte er mit Entrüstung
zurückweisen, die Herren würden, wenn die Liberalen aus
Ander kämen, sich überzeugen, daß sich die irischen Abgeord-
neten weder durch eine Toryregierung, noch durch eine liberale

Regierung bestechen ließen, und daß, was die Wahlkreise
anbetrifft, dieselben zähe genug seien, jede Dosis dieser Art
Bestechung auszuhalten.

Die Rede zeigt Herrn Parnell, wie er leidet und lebt.
Ein Bourgeois vom reinsten Wasser, denn nur ein solcher
kann in der Schaffung von recht viel Bauernstellen eine
„Lösung“ der Landfrage erblicken. Aber ein Bourgeois, der
weiß, was er will, und der für die Hälfte der englischen
Radikalen, die gegen das Landmonopol zu Felde ziehen,
aber nicht den Muth haben, die Nationalisirung des Grund
und Bodens zu verlangen, nur das Lächeln der Verachtung hat.
Ein Bourgeois, der die politischen Fragen mit denselben
fahlen Geschäftssinn behandelt, wie etwa die Frage, ob es
rentabler ist, auf einem gegebenen Grundstück eine Schnaps-
brennerei zu errichten oder eine sanfte Milchwirthschaft zu
betreiben. Ein echter „Held unserer Zeit“, ohne jede melo-
dramatische Ueber, der das Irland früher zugesagte Unrecht
dadurch rächt, daß er die englischen Parteien wechselseitig
über den Löffel barbirt.

Da die große Mehrzahl der Irländer den wirtschaft-
lichen Standpunkt Parnell's theilen und von denselben Ge-
fühlen wie er den Engländern gegenüber befeelt sind, so
fragt es sich für sie nur, ob sein Kalkül auch im gegen-
wärtigen Moment richtig ist, um ihm den Beifall derselben
zu sichern. Man muß sich nicht einbilden, daß Alle, die bei
der Spaltung mit Parnell gingen, dies um der schönen
Augen desselben thaten. Die große Mehrheit folgte ihm,
weil ihnen seine Politik als die „gesündeste“ erschien.
Sie sind mit ihm der Ansicht, daß Home Rule warten
kann, bis die Landfrage in ihrem Sinne erledigt ist. Und
die Erfahrungen mit der Landbill von 1881, der Vorläuferin
der jetzt von den Konservativen eingebrachten Landbill, giebt
ihnen nicht Unrecht.

Vor einigen Wochen ist der Bericht der auf Grund der
Bill von 1881 eingesetzten irischen Landkommission erschienen,
sowohl was die Festsetzung „gerechter“ Pachtzins, als auch
was die mit ihrer Hilfe bewirkten Landankaufe von Seiten
irischer Pächter anbetrifft. Diese irische Landbill war in
ihrer Art eine der revolutionärsten gesetzgeberischen Maß-
regeln unserer Zeit. An die Stelle der Regelung der Pacht-
sätze durch das heilige Gesetz von Angebot und Nachfrage
ließ sie ein Kollegium von Richtern treten, das auf Grund
genauer Schätzung zu bestimmen hatte, ob und um wieviel
der bisherige Pachtzins zu hoch und daher zu verringern
sei. Und außerdem hat das Kollegium das Recht, den-
jenigen Pächtern, die das Land ankaufen wollen, das dazu
erforderliche Geld aus dem — englischen — Staatsfiskus vor-
zuschießen. Vom Standpunkt der bürgerlichen Eigenthums-
theorie ist die erste Maßregel — Konfiskation, die
zweite — Sozialismus. Und als beides ist denn auch
die Landbill von 1881 von den Tories seinerzeit denuncirt
worden.

Sehen wir zu, wie sie sich in der Praxis gemacht hat.
Bis zum 21. August 1890 hat die Landkommission
gerichtliche Renten festgesetzt über 258 764 Grundstücke,
die ein Areal von zusammen 7 638 400 Acres Land, beinahe

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

[20]

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

„Und dann wirst Du eine große Künstlerin und den
Tag verbringen wir miteinander; aber des Abends begleite
ich Dich in's Theater. Und dann werden wir reich und
reisen in die Welt hinaus und schauen uns um. Jedoch
Du mußt Treue halten und mich nicht vergessen und ich
thue es auch nicht. Denn Du bist das herzigste Mädchen,
das ich jemals gesehen und ich will Dich nie vergessen,
mein geliebtes Kind. Dein ewig getreuer William.“

Ja, das war ein lieber Brief. Es war ungeheuer
hübsch von ihm, daß er es so ernst nahm. Sie hatte es ja
immer gewünscht, daß er ein braver Bursche sei. Nun wollte
sie ihn natürlich noch lieber haben. Denkt Euch, wie nett —
Tag und Nacht wollte er sitzen und arbeiten, um ihre Willen,
um mit ihr vereint zu werden. Es dauerte ja schrecklich
lang; sie hatte gemeint, daß sie jetzt schon verlobt seien und
daß sie gleich anfangen dürften, Brautleute zu sein. Im
Beginn hätte sie es wohl sehr unangenehm gefunden, —
einen Knaben küssen! — aber wenn er ein muthiger Bursche
gewesen wäre — uf, er benahm sich im Grunde wie ein
Mädchen. Warum hatte er sie gestern Abends nicht in Thor-
weg küssen können, hinter wie es dort war. . . . aber psui;
es war ja viel anständiger von ihm, daß er es nicht gethan.
er war ein edler Junge; er war ritterlich. Gott, wie dumm

es von ihr gewesen, zu glauben, daß sie sich verloben
konnten, nun, da sie noch in die Schule gingen; sie war ja
ebenso verkehrt wie Emilie. . . . Wie hübsch würde es wer-
den, so herumzugehen und sich lieben und an einander so
viele Jahre zu denken, und standhaft und treu zu sein. Und
hernach kamen die Freier, der eine stolzer als der andere,
der eine reicher und feiner als der andere; aber ihr Nein
bekamen sie, Einer nach dem Anderen; die Leute begannen
zu reden von der stolzen Jungfrau, die so gute Anträge
zurückwies; jedoch endlich kam es zu Tage —: sie war eben
ihrer ersten, einzigen Liebe treu. —

Ach, er hätte sie dennoch vorher einmal küssen
können! . . .

XI.

Mama war nun im Ernst Wittve geworden. In einem
nebligen Märzorgen hatte man Papa, die bösen, hellen
Augen weit aufgerissen, vor der Palaisbrügge*) steif und
todi gefunden.

Von Elmerud herein meldete man telegraphisch, daß
Holmsen „verunglückt“ sei. Jedoch Bruder Nils hatte
dafür seine eigenen Gedanken, und er sah bei Mama und
erzählte von Papas Ende, daß es in Fanny vor Grauen
krabbelte.

Es hatte in letzter Zeit schlimm gestanden um Holmsen.
Er hatte bei Jungfer Aaberg gelebt als . . . reden wir
nicht davon; aber manchmal wurde es ihm wohl zu bunt
und da zog er nach Kristiania und betäubte sich. Solch einen
Zehraptus hatte er wohl auch jetzt gehabt. Aber diesmal
war es mit ihm ungewöhnlich arg bestellt gewesen. Er hatte,

*) Palaisbrügge — der Landungsplatz.

nach allem, was der Bierhändler Simonen in Waterland
dräben erzählt, förmliche Deliriumsanfalle. Die ganze Zeit
über hatte er immer behauptet, er müsse seinem Leben ein
Ende machen. „Ich will zur Hölle fahren!“ hatte er gesagt.
. . . . „Um Jesu willen!“ „Leib mir ein Messer,
Simonen!“ „Um Jesu Christi willen!“ „Psui,
psui! Ratten und Mäuse, Wangen und Läufe; nun habe ich
die Welt auf und ab durchsucht, nichts als Dreck, nichts als
Dreck; ein Messer her; ein Messer her; bist Du mein
Freund, Simonen?“ — „O, Gott bewahre uns, Gott be-
wahre uns!“ — Simonen hatte ihn die ganze Zeit über
nicht aus den Augen gelassen; aber dann war es mit ihm
besser geworden. Sein Geld ging zur Neige; er erhielt nicht
mehr zu trinken und wurde nüchtern und ordentlich. „Ich
will trachten, nun nach Hause zu kommen“, hatte er gesagt.
Doch mit einmal war er dann verschwunden. Am fünf Uhr
Nachmittags hatte man ihn zum letzten Mal gesehen. Gott
weiß, wo er sich nachher herumgetrieben; den Morgen
darauf fand man ihn vor der Palaisbrügge todt. Seine
Uhr war auf acht Minuten über eins stehen geblieben. —

Auch Onkel Solum glaubte, daß Papa sich selbst ge-
tödtet. Mama weinte. „Der arme Mensch!“ sagte sie, „im
Grunde war er ja doch lieb und gut! Wenn er nur nicht
diesem trohigen Sinn gehabt hätte!“ — „Er war in einem
schlechten Heim angewachsen“, sagte Onkel Solum. Mama
weinte noch mehr. „O Gott, welche Verantwortung hat man
für seine Kinder!“ — Onkel Solum schwieg. Sein ruhiges,
dickes Antlitz war schrecklich ernst.

Fanny war so entsetzt, daß sie nicht allein zu bleiben
wagte. Der todt Mann mit den weit aufgerissenen Augen
verfolgte sie überall. Des Nachts träumte sie so schwer, daß

die Hälfte des angebauten Bodens von Irland, umfassen. Die bisherige Rente dafür war 5 252 000 Pfd. Sterl., und sie ist von den Gerichtshöfen auf 4 170 000 Pfd. Sterl., d. h. um rund 20 p Ct., herabgesetzt worden. Da der Werth des Grundbesitzes in den letzten Jahren überhaupt gefallen ist, so wäre es absurd, wie es englische unionistische Blätter thun, zu sagen, daß diese 20 p Ct. den irischen Pächtern „geschenkt“ worden seien. Dieselben würden sie vielmehr doch sonst schwerlich, und jedenfalls nicht vollständig bezahlt haben oder auch nur haben zahlen können. Aber jedenfalls sind ihnen durch die Landkommission viel unangenehme Kämpfe und Weitläufigkeiten erspart worden.

Was den Landankauf anbetrifft, so sind seit dem Jahre 1885, wo die auf ihn bezügliche Gesetzgebung in Kraft trat, Anleihen zum Zweck desselben in der Höhe von zusammen 9 217 400 Pfd. Sterl. an die Kommission gestellt worden. 10 000 000 Pfd. Sterl. ist der Betrag, über welchen die Kommission insgesamt verfügen kann. Davon hat sie 7 907 000 Pfd. Sterl. bereits bewilligt, und von diesen 5 758 000 Pfd. Sterl. bereits tatsächlich ausbezahlt. Der Kaufpreis der Güter, zu deren Ankauf die Kommission jezt 7 907 000 Pfd. Sterl. bewilligt hat, beträgt 7 440 000 Pfd. Sterl., so daß die Käufer durchschnittlich noch nicht den fünfzigsten Theil des Kaufpreises aus ihrer Tasche zu erlegen hatten; den Rest streifte ihnen der Staat auf Kosten der Gesamtheit der Steuerzahler vor.

Und zu welchen Bedingungen? Dem Kauf wird die gerichtliche abgeschätzte Pachtsumme zu Grunde gelegt. Ursprünglich galt der 18fache Betrag derselben als Kaufschilling, seitdem ist derselbe auf 17,6 (1887), 17 (1888), 16,4 (1889) der Pachtsumme gefallen und beträgt jezt 16,7 derselben.

Die Abzahlung der zum Zwecke des Ankaufs bewilligten Darlehen (Amortisation und Verzinsung) ist auf 49 Jahre vertheilt. Wenn also, um es an einem Beispiel zu veranschaulichen, der Pächter eines Grundstückes zum abgeschätzten Pachtwerth von 100 Pfd. Sterl. dasselbe anzukaufen wünscht, so zahlt er dem Verkäufer 1670 Pfd. Sterl., die ihm die Kommission vorschießt. Er selbst hat aber diese Summe in Raten abzu zahlen, die, Verzinsung und Amortisation eingeschlossen, noch bedeutend hinter dem reduzierten Pachtchilling zurück bleiben. Kein Wunder, daß sehr häufig Bauern das unter diesen Bedingungen angekaufte Land schon nach einer Woche mit ansehnlichem Profit wieder weiterverkauften konnten und daß die Landankaufsbill einen guten Klang bei den irischen Bauern hat. Und daß es nicht zum geringsten Theil die besser situierten Pächter waren, die von den Wohlthaten der Bill Gebrauch machten, geht aus dem Umstande hervor, daß von den fälligen Abzahlungsbeträgen im Ganzen nicht mehr als 2554 Pfd. Sterl. rückständig sind.

Die Balfour'sche Landbill will nun das so begonnene Werk auf erweiterter Basis fortsetzen. Die Landlords, die Anfangs über Raub und Mord schrieen, haben nämlich an dem Landankauf ebenfalls Geschmack gefunden. Statt sich mit den Pächtern fernerhin herumzergern zu müssen, kriegen sie sofort bares Geld, und sobald sie nur davor geschäftig sind, zu billig verkaufen zu müssen, ist alles andere schön und gut. Dem steht denn auch wirklich die Balfour'sche Landbill vor. Immerhin, denkt der irische Bauer, wenn nur der Staat mir das Geld um so billiger vorschießt. Die Bill will zwar die lokalen Steuerverträge in Irland zum Theil als Garantiefonds für die pünktliche Abzahlung der Darlehen herangezogen wissen, aber darüber wird sich noch handeln lassen, im Nothfall, wenn der Landankauf selbst erst im Reinen ist.

Um so begreiflicher ist der Widerstand der englischen Radikalen gegen die Balfour'sche Landbill. Es ist eine böse Erbschaft, die ihnen da in's Nest gelegt wird. Nicht nur daß sie, wenn ihre Hoffnung sich erfüllt und sie zur Regierung kommen, unter solchen Umständen nicht als Wohlthäter, sondern als Hinzueintreiber den irischen Bauern gegenüberzutreten haben, haben sie von der mit englischem Gelde geschaffenen irischen „Gentry“ auch den heftigsten Widerstand gegen ihre „Single Tax“ u. s. w. Pläne zu erwarten. Aber was kümmern ihre Schmerzen Herrn Parnell? Er ist die Landankaufsbill und dann Homerule, erklärt er kategorisch, und die obigen Zahlen mögen als Illustration zu der Frage dienen, ob nicht die irischen Bauern wirklich in der Lage sind, mit dem Besten noch ein Weilchen warten zu können.

Mama sie wecken mußte. Ihr dünkte, sie sehe Papa als Leiche; er ging mit steifen Bewegungen in einer niedrigen Stube herum und stuchte. Oder sie hörte ihn in einem glutheißen Badosen sichtlich stöhnen.

Eines Tages kam aus Eimerud ein Paket an Fanny. Zugleich erhielt sie einen Brief; derselbe war von Tom und lautete wie folgt:

„Liebe Fanny!
„Das war eine schreckliche Zeit für uns, kleine Schwester, da wir auf einmal so rasch unseren theueren, geliebten Vater verloren, der so gut gegen uns gewesen, und nun stehen wir hilflos und verlassen da und haben niemand außer Gott und unsere Mitmenschen, um uns zu stützen. Papa gedachte auch Deiner in der letzten Zeit; vielleicht ahnte er, daß seine Tage bald um seien. Denn er schrieb Dir ein paar Worte mit Bleistift, die wir aber jezt nicht finden können, und er wollte Dir auch etwas Geld schicken, für welches wir nun schwarzen Kleiderstoff gekauft haben, den wir Dir senden; Du mußt mit demselben vorsichtig umgehen, liebe Fanny; denn vergiß nicht, daß es das Letzte ist, was Du von Papa erhältst. Wir haben den Rock extra abgerissen, damit Du ihn recht groß bekommst; schneide ihn nur auf keinen Fall in Zwickeln zu; denn wenn Du ihn dann einmal stürzen willst, so kannst Du ihn da nicht mehr verwenden. Lege oben ein Stück ein, damit der Schoß sich später einmal vergrößern läßt. Den Leib mache nur recht groß; Stoff hast Du genug dazu. Wir wünschen nicht, daß irgend ein besonderer Puz darauf sei, sondern nur zwei hübsche breite Schleifen rückwärts; aber jedenfalls alles recht groß, damit Du rechten Nutzen davon hast. Futter und Fugehör folgen, sowie 1 M. für Beschuhung. Ich werde Dir später mehr von Papa's Tod schreiben; aber jezt bin ich so verkrüppelt, daß ich es nicht kann. Lea verfiel in Krämpfe, als sie davon hörte. Papa soll am 20. d. M. hier begraben werden. Grüße Mama. Nun muß ich für diesmal schließen, mit herzlichsten Grüßen von deinem betrübten Bruder
Tom Holmsen.“

Mama wurde der Todesfall telegraphisch gemeldet.

Jedenfalls hat eines der am entschiedensten antirisch gesinnten Londoner Blätter, des unionistische „Daily Chronicle“, nicht ganz Unrecht, wenn es die Bill ingrinnig als einen Beweis bezeichnet für die „Bierksamkeit der irischen Politik, eine Regierung nach der anderen durch Lärmen und systematische Obstruktion müde zu machen“.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Januar.

Das „amerikanische Schwein“ beschäftigte auch heute noch den Reichstag fast eine ganze Sitzung hindurch. Herr v. Bötticher, der gestern sichtlich unter einem peinlichen Mangel an Material gelitten hatte, war über Nacht nicht unthätig gewesen, und er nahm, gewappnet mit „geistigen Wäffen“, in Gestalt von allerhand Notizen, die ihm einer seiner Hilfsarbeiter geliefert, den Kampf wieder auf. Gespannt lauschte das Haus den Worten des Herrn Ministers oder Staatssekretärs — eine Minute lang, bis das Material kam. Und dann verlängerten sich plötzlich die Gesichter; denn der unglückliche Hilfsarbeiter hatte schlechtes Material geliefert — vermuthlich weil kein anderes zu haben ist. Schlechtes Material, d. h. solches, das Jedermann, der die Thatsachen kennt, sofort widerlegen und zerbrechen kann, wie die schlechten Bajonette, welche die englische Heerverwaltung sich hatte aufhängen lassen.

Und die schlechten Bajonette des Herrn Staatssekretärs wurden umgebogen und geknickt, daß es eine Lust war, von Bebel, der in diesem guten Werk von dem Freisinnigen Barth unterstützt ward.

Bebel begnügte sich aber nicht hiermit, sondern er riß auch das Mäntelchen nationaler Menschensfreundlichkeit, das dem nationalen Krieg gegen das amerikanische Schwein umgehängt worden ist, in Fäden.

Wie Herr v. Bötticher sich aus der Sache genudelt hat, mag im Reichstagsbericht nachgesehen werden. Seine Ausführungen waren unverständlich — zu bemerken war aber, daß über dem Kopf des Hilfsarbeiters, der ihm das schlechte Material lieferte, sich ein kleines Gewitter zusammenzog.

Freilich, woher besseres oder gar gutes Material nehmen und nicht fehlen?

Das amerikanische Schwein ist seinen Feinden nicht seines Gesundheitszustandes wegen ein Dorn im Auge, sondern weil es billiger ist als das nationale Schwein, und nicht Rücksicht auf den Gesundheitszustand der deutschen Konsumenten, sondern Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Geldbeutels der deutsch-nationalen Schweinezüchter ist es, was den Kreuzzug gegen das amerikanische Schwein veranlaßt hat.

Das läßt sich aber nicht sagen. Die Abstimmung war eine namentliche. Und wie es in diesem Reichstage zu erwarten war, der Geldbeutel der deutsch-nationalen Schweinezüchter siegte — wie vorige Woche der Geldbeutel der Brotertheurer.

106 Gegnern der Fleischvertheuerung standen 133 Anwälte derselben gegenüber.

Das deutsche Volk wird sich seine Leute betrachten und hoffentlich recht bald — Musterung halten.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, dem nachstehenden Entwurfe eines Gesetzes die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen:

§ 1. Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Verordnungen der Sozialdemokratie, sowie Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund desselben erlassenen Anordnungen von Behörden sind nicht mehr strafbar. Die wegen derartigen Zuwiderhandlungen schwebenden Strafverfahren sind einzustellen. § 2. Die auf Grund des § 7 oder des § 14 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Verordnungen der Sozialdemokratie beschlagnahmten Gegenstände (Bereinslisten, für Zwecke des Vereins bestimmte Gegenstände, Druckchriften, Platten und Formen) sind, soweit diese Gegenstände nicht vernichtet sind, den Personen, aus deren Besitz oder Gewahrsam diese Gegenstände entnommen sind, oder deren Rechtsnachfolgern auf deren Verlangen zurückzugeben. § 3. Die auf Grund der §§ 23 und 24 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Verordnungen der Sozialdemokratie ausgesprochenen Beschränkungen der Gewerbefreiheit werden aufgehoben. § 4. Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Mama schnaubte vor Erbitterung. „Gerade als ob ich nicht existirte!“ sagte sie, „Jungfer Naberger meint wohl, ich könne nicht einmal ein Kleid nähen.“ — Allein der Kleiderstoff war jedenfalls willkommen.

— Diesen Frühling zogen sie aus; die Dunkelheit umd der Speisengeruch in der alten Wohnung waren nicht auszuhalten, fand Mama.

Aber jezt mußten sie in einem Vororte leben. Die neue Wohnung lag ganz oben auf Högdehungen, gegenüber Uranienborg; es war eigentlich schon auf dem Lande; Uranienborg mit seinem Kieferwald machte, daß sie Kristiania nicht einmal sahen.

Friedlich und hübsch war es hier. Das kleine, einstöckige Holzhaus lag in einem Garten versteckt. Von diesem führte eine Treppe außen hinauf in die Dachwohnung, die sie gemiethet hatten; sie brauchten also Niemand zu geniren.

Sie hatten zwei kleine Zimmer und einen Koffen. Das kleinere Gemach besaß einen Herd und sollte als Küche dienen, das größere, ein langer Raum mit Fenstern auf einer Seite, wurde Wohnstube und zugleich Schlaf-, Speise- und Arbeitszimmer.

Hier wurde das Bett, der Nähtisch und die Kommode untergebracht. Außerdem die drei Holzstühle. Die Wand über der Kommode wurde mit Photographien decorirt, darunter eine, die bisher versteckt gelegen: Papa und Mama als Verlobte. Die Kommode selbst wurde durch allerlei Nippfachen belebt: Papa's altes Schreibzeug aus Porzellan, ein schabhaftes Liqueurservice aus der Fredheimer Zeit; ein großer, vergoldeter Can-de-Cologne-Flacon; Fanny's Puppen-Theegeschirr; eine Schälerröhre in Gips, welche Dante Solium geschenkt. Diese Sachen wurden um den alten kostbaren Toilettenspiegel gruppiert und nahmen sich gut aus. Ein paar kahle Wandflächen wurden mit Hilfe einer Lithographie und einer alten Zeitungsmappe zugebedt. Schließlich war es bloß der Fußboden, der etwas leer ausah; die drei Holzstühle füllten nicht recht. Wenn Du nun mit dem Schankstuhl herankommst, den Du Mama einmal schenken wolltest, Fanny! — Jedoch es wurde besser, als Mama sich von Bruder Mik ein altes Sopha auslieh. Es war

Im Interesse des öffentlichen Rechtsbewußtseins wäre eine recht rasche Annahme des Antrages zu wünschen.

Dem preussischen Herrenhause ging heute ein Gesetzentwurf zu, betreffend die Vereinigung der Insel Helgoland mit der preussischen Monarchie. Die wichtige Bestimmung des Entwurfs lautet:

Helgoland wird in Bezug auf die staatliche Verwaltung der Provinz Schleswig-Holstein und dem Kreise Süderdithmarschen sowie für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten dem diesen Kreis umfassenden Wahlbezirk zugetheilt, aber mit dem Kommunalverbande der Provinz und des Kreises nicht vereinigt. Das in der Provinz Schleswig-Holstein geltende Recht über die Veröffentlichung der Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsschriften tritt für Helgoland in Wirkksamkeit.

Helgoland soll eine Landgemeinde bilden, auf der Insel soll ein Gehilfe des Landrathes Wohnsitz nehmen, für die Rechtspflege soll sie dem Bezirke des Amtsgerichts Altona einverleibt werden.

Der „Reichs- und Staats-Anzeiger“ schreibt:

In einem Artikel, welcher in der „Saale-Zeitung“ vom 20. d. M. zum Abdruck gelangt ist, wird erzählt, daß bei dem Mittagmahle des Finanzministers Miquel, welchem Seine Majestät der Kaiser beigemohnt hat, das Gespräch auf die Abrüstungsfrage gekommen sei, und werden in gespanntem Druck verschiedene angebliche Aeußerungen des Kaisers über diese Frage wiedergegeben. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß in dem ganzen Verlauf des Festmahls bei dem Finanzminister die Abrüstungsfrage mit keinem Worte berührt worden und Alles, was darüber in dem Artikel gesagt wird, vollständig erfunden ist. Dies gilt insbesondere von den Sr. Majestät dem Kaiser in den Mund gelegten Aeußerungen.

Das ist deutlich. Und wird allen am Militarismus Interesse habenden Kreisen, den Banquiers und Junkern volle Beruhigung verschaffen.

Die Nothstandsdebatte in der gestrigen Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat zu einer überraschenden Erklärung des Herrn Ober-Bürgermeisters Jordan bed geführt — besagter Herr erklärte nämlich, von einem außergewöhnlichen Nothstand könne — der Magistrat habe die sorgfältigsten Nachforschungen gemacht — die Rede nicht sein und folglich liege auch keine Veranlassung zu außergewöhnlichen Maßregeln vor. Gleich nachher sprach der Herr Ober-Bürgermeister von dem „harten Winter“, der gleich „anderen Umständen viel Noth und Sorge hervorgerufen habe“. Aber liest denn Herr Jordanbed keine Zeitungen? Er selbst im warmen behaglichen Belzmantel, mit genügendem Kohlenvorrath zur Herstellung einer sommerlichen Temperatur wird ja wohl nichts verspürt haben, allein in jeder Zeitung hätte er doch lesen können, daß der heurige „harte Winter“ ein „außergewöhnlicher“ Winter ist — daß der Frost „außergewöhnlich“ hart und andauernd ist, und daß in diesem Jahrhundert höchstens ein Winter gewesen ist, der mit dem heurigen an Strenge und Dauer der Kälte sich messen kann. Und daß ein solch außergewöhnlicher Winter auch einen außergewöhnlichen Nothstand hervorbringen muß, das ist doch ebenso selbstverständlich, als daß jemand, der einen Schlag empfängt, auch Schmerz empfindet.

Es ist wirklich schade, daß Herr Jordanbed diesen Winter nicht einmal eine Reise nach Paris — und zwar ohne Belzmantel — gemacht und einigen Sitzungen des dortigen Stadtverordneten-Kollegiums, genannt Municipalrath beigemohnt hat. Und auch die Mehrzahl der Herren Stadtverordneten, die leichten Herzens in wohlgeheiztem Saal — also sicherlich unversehrt — über die Petition der frierenden Arbeitslosen zur Tagesordnung übergangen, sollten einmal nach Paris geschickt werden — oder wo anders hin.

In Berlin bestritt Herr v. Jordanbed das für jedermann offenkundige Elend, während in Köln statistisch eine noch nicht dagewesene Noth konstatiert wird. Ein Kölner Telegramm des Bureau „Herold“ meldet hierüber:

„Laut Erhebungen bei den Kölner Orts-Arbeitslosen beträgt die Zahl der Beschäftigungslosen in Köln 18 145. Die städtische Kommission stellt fest, daß der Nothstand hier selbst noch vor so groß gewesen, wie gegenwärtig. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß, sämtliche Arbeitslosen gegen einen Tageslohn von 1 1/2 Mark zu beschäftigen.“

abgemüht und häßlich, allein es that dennoch gute Wirkung. Und nun sah es hier wirklich hübsch aus; Mama wünschte bloß, sie könnte sich jezt endlich Ruhe gönnen. „Ich bin alt genug dazu,“ sagte sie, „und seitdem ich von Fredheim fortging, habe ich nichts gethan als ausziehen.“

— Es war schlimm, so weit von William fortgekommen zu sein. Sie, die früher mit ihm unter einem Dach gewohnt hatte, — und nun lag eine ganze Hauptstadt zwischen ihnen. Aber Gott sei Dank, sie hatte seine Briefe. Ach, wie herzlich er schrieb! „Mein schönes Kind“, „mein blauäugiger Engel“, „ich bin für ewig Dein“, „wie kann ich Dein vergessen“, „mein Herz gehört Dir und niemand außer Dir soll es haben, nein, und wäre es auch eine Prinzessin“, — oh, der süße Junge! Und dann sah sie ihn täglich bei der Schule. Manchmal auch während der Pausen; plötzlich hob er den Kopf über die Planke. Die wahre Liebe kann übrigens durch Trennung nicht erlöschen, sondern nur wachsen; das hatte Fanny in verschiedenen Büchern gelesen.

Mama besaß in dieser Gegend viele Kunden oder Freundinnen, wie sie sie nannte; — sie war ja keine gewöhnliche Näherin. Einzelne dieser Freundinnen waren sehr fein; die Frau Altesorin konnte Mama sogar mit eigenem Pferde holen. Fanny durfte hier und da in ihrem neuen Kleid Mama in die guten Familien begleiten. Da belam sie auch Freundinnen. Mit Gretche Magnusen wurde sie besonders vertraut. Es war ausgemacht, daß auch Gretche zum Theater sollte.

Bald waren Fanny und Gretche tagtäglich beisammen. Fanny unterhielt Gretche mit Geschichten aus den Koulissen und Gretche erzählte Fanny von ihren vornehmen Verwandten. Sie hatte einen Onkel, der Oberleutnant war; außerdem hatte sie einen Vetter, der Oberleutnant werden sollte; vorderhand war er Kadett und machte ihrer Schwester den Hof. Er hieß Dorn. „Er ist übrigens auch gegen mich ungeheuer lebenswürdig“, fügte Gretche bei.

(Fortsetzung folgt.)

Will sich Berlin wirklich von Köln beschämen lassen? Das mindeste, was sofort geschehen muß, ist, daß Herr v. Jordanbeck und sein Magistral eine statistische Erhebung vornimmt, um zu beweisen, daß er Recht hat. Was die Arbeitslosigkeit in Köln anlangt, so ist sie wahrscheinlich größer, als die telegraphisch gemeldete an sich enorme Zahl. Dies geht schon daraus hervor, daß jedenfalls nur unter den den Orts-Krankenkassen angehörenden Arbeitern 13 145 Rothleidende nachgewiesen wurden; dazu kommen noch die anderen Klassen angehörenden und die überhaupt nicht versicherten Rothleidenden. —

Herr Zacher, der früher dem hiesigen Polizeipräsidenten unterstellt war und im Auftrage seiner Vorgesetzten ein sich durch Phantasie auszeichnendes Buch über die deutsche Sozialdemokratie geschrieben hat, ist in das Reichs-Versicherungsamt berufen worden. Gält man die Thätigkeit bei der politischen Polizei für den richtigen Vorbereitungs-dienst für sozialpolitische Beamtenungen?? —

Eine katholische Leuchte, Professor Schroers in Bonn, ließ neulich sein Licht über die soziale Frage im Allgemeinen und die Frauenfrage im Besonderen leuchten. Nachdem er festgestellt, daß das „einzige wissenschaftliche“ Werk der Sozialdemokratie die „Frau“ von Bebel sei, und daß dieses einzige wissenschaftliche Werk nichts als dummes Zeug enthalte, gab der gelehrte Mann (nach dem Bericht der „Sonner“ „Volk-Zeitung“ vom 20. d.) folgende Weisheit zum Besten:

Bei allen Revolutionen hat sich die Frau in hervorragender Weise bemerkbar gemacht; es sei nur an die große französische Revolution im vorigen Jahrhundert und an den Aufstand der Kommune in Paris im Jahre 1871 erinnert. Wird die Frau aus ihrer Familie gerissen, so lösen sich die Familienbände und mit der Familie steht und fällt Staat und Gesellschaft. Die soziale Bewegung unserer Tage hat hauptsächlich jene Frauenkreise ergriffen, welche sich durch gewerbliche Thätigkeit ihren Unterhalt verschaffen müssen, also die kleinen Lohnarbeiterinnen und die Fabrikarbeiterinnen. Die Ursachen dieser Bewegung sind mannigfacher Art. Obwohl mehr Knaben als Mädchen geboren werden, ist die Zahl der Männer doch geringer als die der Frauen; auf 1000 Männer zwischen dem 20. bis 30. Lebensjahr kommen in Deutschland 1064 Frauen; in den 30er Jahren gehalten sich dies Verhältnis noch ungünstiger für die Männer. Von 1000 Frauen sind also schon 54 zur Ehelosigkeit verurtheilt. Die mannigfachen Gefahren bei der Berufsarbeit, Krieg und Auswanderung bewirken es, daß die Zahl der erwachsenen Frauenpersonen noch bei Weitem gerade die der heirathsfähigen Männer übersteigt. Dazu kommt die in erschreckendem Maße zunehmende Ehelosigkeit vieler Männer; 10 pCt. derselben bleiben unverheiratet, was besonders in den großen Städten der Fall ist; daher das gewaltige Frauenproletariat in den Großstädten. Die zunehmende Ehelosigkeit ist ihrerseits zum großen Theil bedingt durch die vielfach verkehrte Erziehung der Mädchen, besonders aus den mittleren Ständen. Denn nicht für die Hauslichkeit, sondern für den Salon werden viele Bürgerstöchter erzogen; kein Wunder, wenn ein Mann eine solche Puppe nicht heirathet. Das sind die Grundbäl der Frauenfrage, an denen wir krank sind. Durch Geheiß und politische Maßregeln ist diesem Uebelstande nicht abzuhelfen, wie die Geschichte des hebräischen Rom darthut, welches hieran hauptsächlich zu Grunde ging. An dieser Stelle hat namentlich die Thätigkeit der Kirche einzusetzen. In den meisten betroffenen von diesem Uebel sind die Töchter der kleineren Geschäftsleute und Handwerker. Dieselben können nicht als Dienstboten austreten und werden vielfach ohne geschickte Erziehung in das Leben hinausgestoßen. Darin liegt auch der Grund, weshalb die weiblichen Töden in den letzten Jahrzehnten so gewaltig an Muthalberzahl wie noch nie vorher zugenommen haben; diese Erbengemeinschaften rekrutiren sich gerade aus den angeerbten Mittelständen. Hier hat die Kirche schon mächtig zur Besserung des sozialen Uebels beigetragen. In geradem großartigem Maße ist einst im Mittelalter die Frauenfrage von der Kirche gelöst worden. Im 12. und 13. Jahrhundert hatte Deutschland eine gewaltige soziale Krisis durchzumachen. Damals bildete sich im Deutschen Reiche ein selbständiger Handwerkerstand, was von schweren Kämpfen und tiefen wirtschaftlichen Umwälzungen begleitet war. Auch in jener Zeit der größten sozialen Krisis, die Deutschland bisher zu überleben gehabt hat, trat sofort die Frauenfrage in den Vordergrund. Die Kirche verstand es, hier mit einem Schlage Wandel zu schaffen. Sie rief große Versorgungsanstalten für die unverheiratheten Arbeiterinnen ins Leben: die sogenannten Beguinenhäuser oder Konvente. Es waren das keine Orden, sondern Anstalten, in denen weibliche Arbeiterinnen Wohnung, Licht und Heizung fanden und an deren Spitze eine selbstgewählte Meisterin stand, also Genossenschaften von Fabrikarbeiterinnen. Der Vorsteherin war ein Geistlicher zur Seite gestellt. Die Frauen waren frei in ihrer Arbeit, hatten bloß für ihren Lebensunterhalt frei zu sorgen, waren den Regeln der Anstalt unterworfen, konnten aber jederzeit austreten. Diese Einrichtung hat in der sozialen Bewegung des Mittelalters eine große Rolle gespielt. In Köln gab es z. B. 131 solcher Anstalten, in Frankfurt a. M. 67, in Straßburg 60, alle standen unter der Hut und Aufsicht der Kirche. Am meisten entwickelte sich das Institut der Beguinenhäuser in Belgien, dem Hauptindustrialbezirk damaliger Zeit. Da die soziale Bewegung in unseren Tagen die gleichen Ursachen hat wie damals, würde dasselbe Heilmittel, heute angewandt, seine Wirkung wohl nicht verfehlen. Man hat ja bereits mit der Gründung von Arbeiterinnen-Hospitien den Anfang gemacht; sie sind nicht das, was die Beguinenhäuser des Mittelalters waren; sie sind nicht korporativ organisiert. Wie alles, so müssen sich auch die Arbeiterinnen heutzutage genossenschaftlich organisiren. In der Lösung der sozialen Frage müssen neben der Kirche alle Laien mitwirken, das ist praktische Sozialpolitik. Nur dann wird die gewaltige Bewegung in friedlichen Bahnen bleiben und zur allseitigen Befriedigung ihre Erledigung finden. —

Dies der Bericht. Wir stellen fest, daß ein deutscher Professor zu behaupten mag, die heutige soziale Bewegung habe die gleichen Ursachen, wie die „soziale Bewegung“ des Mittelalters, als der „Handwerkerstand sich herausbildete“.

Und wir stellen des weitern fest, daß dieser namentlich deutsche Professor, welcher sich bezaun glaubt, der Sozialdemokratie Vorlesungen über die soziale Frage zu halten, in der Stiftung von Versorgungshäusern, nach Art der alten Beguinenhäuser, die Lösung der sozialen Frage, wenigstens für die Frauen, erblickt. Herr Prof. Schroers alt aber, wie gesagt, unter den Katholiken für einen Stern der Wissenschaft und sogar für einen Stern erster Größe — da kann man sich ungefähr vorstellen, welche Angst wir vor den „geheiligen Waffen“ haben, mit denen das Centrum gegen uns ins Feld gerückt ist. Ähnliche Angst müssen unsere „Schutztruppen“ in Afrika empfinden, wenn irgend ein von der Kultur nicht belehrt Negerstamm mit Knüppeln und Rinderbogen angerückt kommt. —

In Gelsenkirchen fand nach einer am 6 Uhr 35 Minuten Nachmittags an uns abgeschickten Privatdepesche ein

schweres Grubenunglück durch schlagende Wetter statt. Die Zahl der Todten wird auf 150 geschätzt; bei Abgang der Depesche waren erst 6 Leichen geborgen. —

Die schweizer Zeitungen beschäftigen sich nach Meldung des „Berliner Tagbl.“ lebhaft mit dem Fall des Ingenieurs Hangariner, welcher wegen angeblicher Beschimpfung des deutschen Kaisers, die er in Kaiserstuhl auf schweizer Gebiet begangen haben soll, auf deutsches Gebiet gelockt, dort verhaftet und wieder freigelassen wurde. Bisher hat der Bundesrath sich mit dem Fall nicht befaßt, weil von der Seite Hangariners noch keine Beschwerde vorliegt.

Nähere Mittheilungen über die Nationalität des Ingenieurs fehlen, so daß vorerst ein Urtheil nicht möglich ist. —

Dombaumeister Schmidt in Wien, einer der ersten Baumeister und Künstler, ist gestorben. Vom einfachen Steinmetzen am Kölner Dom hat er sich zur ersten Autorität der gothischen Baukunst heraufgearbeitet. Das wohl größte, sicherlich schönste Rathhaus dieses Jahrhunderts hat er in Wien erbaut. Er war auch ein ausgezeichneter Redner und Lehrer. War er auch in seinen politischen Anschauungen konservativ, so gebührt ihm doch auch an dieser Stelle ein Wort des Andenkens. —

Der französische Handelsminister hat dem Ministerrath ein Dekret vorgelegt betreffend die Errichtung eines höheren Arbeiterrathes, welchem unter Andern die Senatoren Jules Simon, Challemel Lacour und Tolain, die Deputirten Leon San, Thevenet und Graf Mun, und als Vertreter der Arbeiter Delahaye angehörenden sollen; den Vorsitz im Arbeiterrath wird der Handelsminister führen.

Das wird ein nettes Institut werden, dem Vertreter des Baron Rothschild (Leon San), des Papstes (Graf Mun), dann Leute wie Jules Simon, Challemel Lacour zc. zc. und ein Vertreter der Arbeiter, aber nicht der Arbeiterpartei (Delahaye) angehören wird. Man sollte doch lieber dieses Institut offen Unternehmerrath nennen. Die Arbeiter werden sich ja ohnedies durch derartige Projekte keinen Sand in die Augen streuen lassen. —

Herr Jules Simon, dem sein Gewissen schlägt, daß er aus einem Mitglied der Internationalen Arbeiter-Assoziation ein gemeiner Handlanger des Kapitalismus geworden ist, veröffentlicht jetzt Memoiren, und dichtet sich allerhand Thaten an, die er nicht gethan hat. So behauptet er u. A., er habe 1871 für die gefangenen und verurtheilten Kommunisten viel gethan, und ihr Loos auf jede Weise zu mildern gesucht. In der geizigen „Bataille“ wird ihm nun nachgewiesen, daß er hier gelogen hat. Insbesondere wird ihm sein schändliches Benehmen gegen den tapferen und gelehrten Guye Reclus vorgehalten, der in Brest für seine Mitgefangenen eine Schule mit einer kleinen Bibliothek errichtet hatte. Wohlthun, auf Veranlassung des Herrn Simon, der sich neuerdings wieder als ein großer Apostel des Friedens und der Humanität aufzuspielen liebt, wurde diese Schule geschlossen und die Bibliothek konfiszirt. Das genügt. —

Die französische Regierung hat mit der Kündigung der Handelsverträge begonnen, gleichzeitig hat sie der Schweiz und Belgien und wohl auch den anderen Vertragsstaaten die Verträge auf den 1. Februar 1892 gekündigt. Die Schweiz und Belgien müssen jetzt auch ihre übrigen Verträge kündigen, da wegen der fast allen Handelsverträgen angefügten Weisbegünstigungsklausel man nur so freie Hand beim Abschluß neuer Verträge bekommen kann. Allem Anscheine nach dürften wir vom Jahre 1892 ganz neue Handelsverträge in Europa besitzen. Ob wir aber auch gleichzeitig einem Umschwunge der Zollpolitik entgegengehen, wird erst in einiger Zeit klar werden. Einzelne Staaten, so z. B. Frankreich, wollen noch immer nicht von der Hochschutzzollpolitik ablassen. Jedenfalls kann über die Gesalt der künftigen Zollpolitik der europäischen Staaten nicht früher klar geurtheilt werden, bevor uns mindestens der deutsch-österreichische Zollvertrags-Entwurf vorliegt. —

Der Liberalismus, welcher in England ebenso beschneiden ist, wie in anderen Ländern, jubelt über den Ausfall einer Erziehungswahl, und erhofft davon, wie seit der Wahl dieses Parlaments alltäglich, „einen Umschwung der öffentlichen Meinung.“ Inzwischen arbeitet der brave Parnell mit wahrhaft feberhafter Thätigkeit für die Tories. Um die Sache Irlands nach Möglichkeit zu diskreditiren und dem armen Gladstone die Parteiführerschaft vollends zu verleiden, trägt er jetzt den irischen Kaut in das Unterhaus und die, früher so festgeschlossene irische Brigade ist nun in zwei — allerdings an Stärke nicht gleiche — Hälften getheilt, welche zum Gaudium des konservativen Ministeriums und aller Feinde des irischen Volkes den berühmten Kampf der beiden Kilkenny-Kagen aufzuführen.

So sehr wie dies im Interesse der schönen und unglücklichen „Smaragd-Insel“ beizulegen müssen, so können wir doch nicht umhin, den Irländern selbst die Hauptschuld beizumessen, daßes so kommen konnte. Ohne den leidigen Personenkultus, der aus Parnell einen Halbgott machte, hätte dieser ebenso talentvolle als gewissenhafte Intrigant niemals den Einfluß gewinnen können, welchen er jetzt zum Ruin der Sache, für deren Hauptvertreter er galt, mit herostratischer Bosheit mißbraucht. Jeder Parteiführer, der nicht einfacher Parteisoldat ist und nicht jeden Augenblick bereit, sich der Mehrheit seiner Genossen zu fügen, muß als Feind seiner Partei betrachtet, und, je früher desto besser, bei Seite geschafft werden. Geht es nicht, so sind Folgen wie die, unter welchen jetzt die Sache der Irländer zu leiden hat, unvermeidlich.

Nun — auch der Parnellskandal wird verwunden werden, und der Trost bleibt uns, daß die Irländer für das Lehrgeld, welches sie jetzt bezahlen, auch etwas lernen, und daß aus der alten Homerule-Bewegung, die nicht mehr zu retten, eine neue und lebenskräftige Bewegung hervorzuwachsen wird. —

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet nach einer Depesche der „Post“ aus Brüssel: Frede Urban sprach sich auf der Fraktionsversammlung seiner Partei für ein Zusammengehen mit der Regierung bezugs Durchführung einer maßvollen Revision der Verfassung aus. In politischen Kreisen erregt diese Stellungnahme Aufsehen. Bei uns gar nicht, wir meinen, daß Liberale und Ultramontane immer einig sind, wenn es sich um die Rechtloserhaltung der Arbeiter handelt. —

Die „Kölnische Zeitung“ läßt sich aus Gent (Belgien) unterm 19. Januar schreiben:

Die liberalen Studierende der hiesigen Universität haben an die ganze akademische Jugend des Landes, welche den Grundbäl der Freiheit und einer gesunden Demokratie bildet, eine Einladung zu großen internationalen Festlichkeiten ergehen lassen, die am 1. und 2. Februar d. J. hier stattfinden sollen. Der erste Tag soll einem akademischen Kongress gewidmet werden, für welchen folgende Tagesordnung aufgestellt ist: 1. Politische und pädagogische Fragen, und zwar, a) Verbesserung des Wahlrechts; b) Verwahrung gegen die Bestrebungen des klerikalen Ministeriums hinsichtlich des höheren Unterrichts; c) Errichtung einer Fakultät oder von Lehrstühlen für soziale Wissenschaften. 2. Mittel, die liberale akademische Jugend fester untereinander zu verbinden und ihre wissenschaftlichen und politischen Bestrebungen zu unterstützen, und zwar a) Bildung eines liberalen Bundes belgischer Studenten; b) Veranstaltung regelmäßiger Jahresversammlungen der liberalen belgischen Studenten; c) Gründung eines allgemeinen Vereins in jeder Universitätsstadt, der unter den Schutz der Professoren und maßgebender politischer Persönlichkeiten zu stellen ist; d) Gründung einer wissenschaftlich-akademischen Zeitschrift. Hierin bemerkt das rheinische Blatt:

Die akademische Jugend Belgiens scheint sich mehr mit Dingen zu befassen, die einem erstem akademischen Studium fernliegen sollten, als mit dem letztern selbst. Freiheit glebt es ja auch in Deutschland Leute, welche der studentischen Jugend einen Vorwurf daraus machen, daß sie nicht mit Hand anlege zur Bekämpfung der unsäglichsten Ideen der Sozialdemokratie. Unseres Erachtens soll die Studentenschaft in keiner Weise eine parteipolitische Thätigkeit entfalten.

Etwas spät kommt die „Kölnische Zeitung“ zu dieser Meinung. Früher wußte sie freis ihre Spalten zu füllen mit den politischen Demonstrationen der deutschen Studentenschaft. Als wenn es sich um hervorragende Ereignisse handeln würde, hat das „Weltblatt“ am Rhein jedes Telegramm deutscher Studenten an Bismarck und Moltke, jeden Salamander auf Stöcker registriert. Nun aber einmal „liberale“ Studenten Beschlüsse fassen, die dem „national-liberalen“ Blatte unbecquem sind, hält sie politische Neugierigen der Studentenschaft für unpassend. Es geht eben nichts über die Konsequenz des Nationalliberalismus. —

Der präsumptive belgische Thronerbe, Prinz Balduin, ist heute Morgen plötzlich gestorben. —

Der schwedische Reichstag ist am 20. d. Mts. mit einer Thronrede eröffnet worden. In derselben werden Entwürfe für ein Unfallversicherungs- und Krankenkassen-Gesetz angekündigt. —

Die „Vossische Zeitung“ läßt sich heute aus Krakau telegraphiren:

In den Kohlenruben bei Sosnowice (Russisch Polen) stellten 2000 Bergarbeiter die Thätigkeit ein. Dies ist der erste Ausstand in Russland. Zur Verhütung von Arbeiterunruhen sind einige Soldaten Kosaken ausgedient worden. Der tägliche Verlust, welchen die Grubenbesitzer erleiden, beträgt 14000 Rubel.

Die Nachricht beweist, daß die gleichen Ursachen überall die gleichen Wirkungen erzeugen und dies unter allen Regierungsformen, unter der Republik ebenso, wie in der parlamentarischen und absoluten Monarchie. Uebrigens irrt Tante Bosh gewaltig, wenn sie diesen Ausstand den ersten in Russland nennt. In Lodz (russisch Polen) und in Grodno (Russland) zc. kamen schon früher trotz der auf Arbeitseinstellung gesetzten barbarischen Strafen große Streiks vor. —

Von Herrn Schewitsch ist dem Chefredakteur des „Vorwärts“ eine Zuschrift zugegangen, die wir mit den von ihm selber gewünschten Auslassungen hier zum Abdruck bringen:

Riga, den 9. Januar 1891.
Geehrter Herr!

Sieben erhalte ich aus New-York einen Zeitungsauschnitt mit einem aus London datirten Kabeltelegramm, das folgendermaßen lautet:

Liebnecht behauptet, daß der frühere New-Yorker sozialistische Redakteur und Agitator Sergius G. Schewitsch, nur ein Spindel der russischen Regierung gewesen sei und gegenwärtig in Riga in geheimen Diensten des Zaren steht.

Entweder haben Sie nun die obige Aeußerung nicht gethan — und dann werden Sie ja zweifelsohne die Sache aus eigenem Antriebe richtig gestellt haben, — oder Sie haben die obige Anlage gegen mich — die insamste, die es geben kann — wirklich in die Welt geschleudert, und dann darf ich wohl von einem Manne, der, wie Sie, eine verantwortliche Stellung in der größten Bewegung unserer Zeit einnimmt, erwarten, daß er auch mir die Gründe — oder doch wenigstens die Schatten solcher Gründe — angebe, die ihn zu einer solch schwerwiegenden Aeußerung getrieben haben mögen. Daß ein Wilhelm Liebnecht eine derartige bodenlose Verleumdung gegen irgend einen seiner Genossenschaftsgenossen leichtsinnig aus der Luft greifen könnte, kann ich nicht glauben. In diesem Falle, — immer vorausgesetzt, daß Sie den obigen, für Jeden, der mich persönlich kennt, geradezu lächerlichen Bericht ausgesprochen haben, — muß ich glauben, daß Sie irgend einer, vielleicht plausibel klingenden Einflüsterung einer meiner Feinde, deren ich mir im Laufe meiner 12jährigen Thätigkeit in Amerika genug erworben habe, ein nur zu williges Ohr geliehen und selbst irre geleitet worden sind. In diesem Glauben erlaube ich Sie dringend und bestimmt, mir offen und ohne Umschweife, umgehend mittheilen zu wollen, wie sich's um die Sache verhält. Zugleich will ich Ihnen in Nachfolgenden in möglichster Kürze einiges über meine Person, wie auch über die Verhältnisse, die meine Abreise von Amerika veranlaßten, mittheilen, um Ihnen einen klaren Einblick in die Sache zu gewähren.

Ich muß vorausschicken, daß die gegen mich geschleuderte Verleumdung um so insamer ist, als mir unter gegenwärtigen Verhältnissen die Möglichkeit einer offenen und freien Erklärung — ich sage Erklärung, nicht Vertheidigung, denn einer solchen bedarf ich nicht, — fast gänzlich genommen ist.

Nun — zur Sache. Ich will zunächst bemerken, daß, so weit mein Name in Russland, namentlich in Petersburg, so auch jetzt hier in Riga, bekannt ist, das gegen mich ausgestreute Aemmenmärchen nicht anders als mit demerschem Geschick aufgenommen werden dürfte. Die Familie, der ich angehöre, ist nicht von dem Holze geschminkt, verachtet Herr Liebnecht, aus dem man Spione macht! Allerdings ist in einer solchen Familie auch ein Sozialist etwas Ungewöhnliches und ich habe deshalb auch manche Unbill erdulden müssen, daß ich aber zu guter Letzt deswegen von einem Vertreter des Sozialismus ein „Spion“ geschimpft werde, das ist denn doch eine Ironie des Schicksals, die komisch wäre, wäre sie nicht so traurig. Als ich im Jahre 1877 Russland verließ, war es keine Flucht, denn es lag gegen mich nichts Greifbares „Politisches“ vor, sondern ich that diesen Schritt aus privaten und Familien-nächsten, deren nähere Erörterung nicht hierher gehört.

Meine Thätigkeit in Amerika dürfte auch Ihnen, theilweise aus eigener Anschauung, bekannt sein. Wie lächerlich es wäre, dieser Thätigkeit auch nur einen Schatten jener Merkmale anzudeuten, welche die Methoden eines Spionentennzeichens, dürfte, ganz abgesehen von meiner Person, Jedem einleuchten. Ich will von dem allgemeinen Charakter meines Auftretens nicht sprechen, wie auch von der Frage absehen, wozu

In aller Welt die russische Regierung in Amerika (1) Geld für einen Spieß ausgegeben sollte, der ja in diesem Falle ein agent provocateur hätte sein müssen. Ich gebe Ihnen nur Folgendes zu bedenken: einer der Hauptvorwürfe, denen ich in New-York von Freund und Feind ausgesetzt war, bestand in meinen „aristokratischen Neigungen“, darin, daß ich fast mit Niemand unter den Gefinnungsgenossen persönlich verkehrte und mich auf die Redaktionsarbeit und Halten von Agitationstreden beschränkte. Ebenso bekam ich von meinen russischen Freunden in New-York fortwährend Klagen darüber zu hören, daß ich mich gar nicht um ihre Agitation kümmerte, was auch richtig war, da ich mich ganz der amerikanischen Arbeiterbewegung hingeeben hatte, unter den Russen kaum 3-4 Menschen persönlich kannte und auch wenn ich Vorträge bei ihnen hielt, stets amerikanische Themata behandelte und die Nothwendigkeit betonte, an der amerikanischen Bewegung thätig mitzuwirken. Wenn das Alles so war, — und das es so war, weiß jeder Gefinnungsgenosse in New-York, — wie! eseldumme Spieß hätte ich sein müssen! Ist es nicht im Gegentheil die Pflicht solcher Herren, sich möglichst bei allen zu beobachtenden Elementen beliebt zu machen und in jeder Weise mit ihnen persönlich zu verkehren? — Wahrscheinlich, die Sache ist zu dumm, um ernstlich behandelt zu werden!

Nun komme ich auf die Ereignisse zu sprechen, die meine Abreise aus New-York herbeiführten. Ende des Jahres 1882 starb meine Mutter und hinterließ mir ein Vermögen von beiläufig 300 000 M. Ehe ich jedoch in den Erbschaftsrechten bestätigt werden konnte, erging ein „Allerhöchster Befehl“ an den Senat, laut welchem meine Erbschaft, ja, mein ganzes Hab und Gut in Rußland, wegen „unerlaubter Abwesenheit im Auslande“ mit Beschlagnahme belegt wurde. Dieser Befehl ist in den Akten des Senats in Petersburg unter dem 29. April 1883 sub Nr. 865, zu finden und kann ich Ihnen, wenn nöthig, eine beglaubigte Uebersetzung desselben zukommen lassen.

Von diesem Tage an bezannen die Bemühungen meines älteren Bruders um Aufhebung jener Maßregel, die auch ihn in geschäftliche Angelegenheiten verwickelte, da ihm ebenfalls ein Theil der mütterlichen Erbschaft zugefallen war. Jahrelang waren seine Bemühungen vergeblich, ohne mein persönliches Eingreifen an Ort und Stelle war nichts zu erreichen und an die Erlaubniß, nach Rußland zurückzukehren, wurden Bedingungen geknüpft, auf die ich nie und nimmer hätte eingehen können. So verzichtete ich denn während 7 Jahre auf mein Vermögen mit Ausnahme einiger geringer Summen, die es meinem Bruder hin und wieder gelang, zur Abzahlung von Schulden aus der Vormundschaftsbehörde in Petersburg herauszuquetschen. Im vorigen Frühjahr schrieb er mir endlich, es sei ihm gelungen, bedingungslos den Zutritt nach Rußland für mich zu erlangen, ich solle wenigstens nach Europa kommen, um mich mit ihm mündlich zu besprechen. Lange überlegte ich mir die Entscheidung. Zwölf Jahre Mißthätigkeit an der Arbeiterpresse hatten mich durch bittere Erfahrung gelehrt, wie beugend, die besten Kräfte lähmend, die Sache selbst schädigend die Stellung eines von den Großen jener Presse ab-

hängigen Agitators oft ist. Diese Erwägungen, wie auch namentlich die Rücksicht auf das Glück und die Gesundheit meiner Frau, die unter der Unsicherheit und den Aufregungen der letzten Jahre viel zu leiden hatte, bewogen mich, wenigstens den Versuch zu wagen, das mir Zukommende wieder zu erringen und mir eine unabhängige Stellung zu sichern. Ich ging nach Europa, aber bevor ich ging, schickte ich in der New-Yorker Presse in vielen Intervju's den Zweck meiner Reise wahrheitsgetreu auseinander. Keinem Menschen ist es damals eingefallen, daran irgend etwas Auffallendes oder Verdächtigendes zu entdecken.

Ich traf mit meinem Bruder vorigen Sommer in Trouville, wo er mit seiner Familie weilte, zusammen. Er sagte mir, es sei mir die Einfahrt nach Rußland zur Erledigung unserer geschäftlichen Angelegenheiten gestattet, unter der Bedingung, daß ich unter strengster polizeilicher Aufsicht bleiben sollte. Er schlug mir als Aufenthaltsort Niga vor, das für mich weniger gefährlich wäre, als Petersburg.

So bin ich denn hier, wo ich im Bureau eines Rechtsanwalts (Dr. Heinrich Gärzens) arbeite und alle nöthigen Schritte thue, um die Freigebung meines Vermögens zu erreichen. Die Behauptung, ich stände auch hier, in geheimen Diensten des Jaren, entbehrt nicht eines gewissen grimmigen Humors, da gerade das Umgekehrte die Wahrheit ist und ich unter strengster Aufsicht mich befinde.

Daß nun den Umständen anbetrefflich, daß mir die Einfahrt nach Rußland überhaupt gestattet wurde, so erklärt sich derselbe, wie ich ebenfalls vor meiner Abreise aus New-York öffentlich konstatiert habe, erstens daraus, daß gegen mich in Rußland nichts Positives vorlag, und zweitens aus dem Einfluß und der Ausnahmestellung meiner Familie.

Dies der einfache Sachverhalt. Jeder Punkt desselben ist wahr und kann bewiesen werden. Auf welcher Grundlage ruht nun Ihre ehrabscheuerliche Aeußerung, natürlich immer vorausgesetzt, Sie haben dieselbe wirklich gethan? Ich ahne, aus welcher Quelle Sie indirekt geschöpft haben mögen. Es ist eine Quelle, die schon früher allerhand Unfluth gegen mich zu versprechen versucht hat, aber unter den New-Yorker Parteigenossen nur Hohngelächter erntete. Dasselbe sollte ich mich an irgend eine amerikanische Bourgeoispartei verkauft haben. Nun, da dies nicht mehr „geht“, muß die russische Regierung herhalten. Hui Teufel! Herr Liebtnecht, ist denn wirklich kein Mensch mit einem kranken Ehrgefühl im Leibe vor solchem Dreck sicher? Noch glaube ich fast, daß ich nicht vergeblich an Ihr Ehrgefühl appellire, daß Sie sich überzeugen werden, welch schweres Unrecht — das schwerste, das ein Mensch dem anderen thun kann, — Sie mir zugefügt haben und daß Sie bereit sein werden, es so weit als möglich wieder gut zu machen.

Nochmals um umgehende Antwort bittend, grüßt Sie
S. E. Schewitsch.

Durch Abdruck des Vorstehenden haben wir unsere Fairness (Gerechtigkeit und Unbefangenheit) in dieser Sache aufs Unzweideutigste bewiesen.

Daß die Kabelnachricht, auf welche Herr Schewitsch Bezug nimmt, falsch war, das wissen die Leser des „Vorwärts“, und ist von dem ehemaligen Organ des Herrn Schewitsch, der „New-Yorker Volkszeitung“, bereits ausgesprochen worden.

Zur Sache selbst haben wir zu bemerken, daß die Anklagen gegen Herrn Schewitsch nicht von uns erhoben sind; daß wir diesen Anklagen erst Ausdruck gaben, nachdem er sie Monatlang unbeachtet gelassen, und ferner: daß unseres Erachtens das endgültige Urtheil in dieser Sache den Landesleuten des Herrn Schewitsch zusteht, die auch Gelegenheit haben, denselben in Rußland zu beobachten.

Als Herr Schewitsch den Entschluß faßte, nach Rußland zurückzukehren, mußte er sich sagen, daß es für einen Mann, der eine solche Rolle vor der Öffentlichkeit gespielt hat, nicht möglich ist, einfach französischen Abschied zu nehmen, und in der Stille zu verschwinden. Nicht einem oder dem anderen Interviewer, sondern öffentlich, in der Presse oder in Versammlungen der Partei, zu der er gehört hatte, mußte er seinen Entschluß erklären und die Beweggründe darlegen. Hätte er das gethan, dann würde er wenigstens den schlimmsten Verdacht von sich abgewandt haben. Ist ihm dieser nicht erspart worden, hat er das nur allein sich zuzuschreiben.

Monate und Monate wartete die sozialdemokratische Partei auf eine authentische Erklärung — heftiger wurden die Angriffe — nicht bloß amerikanische Bourgeoisblätter und persönliche Gegner des Herrn Schewitsch griffen ihn an, auch Blätter wie das „St. Louis Tageblatt“, das mit den persönlichen Gegnern des Herrn Schewitsch nichts gemein hat, erhoben die schwersten Anklagen gegen ihn.

Da konnte der „Vorwärts“ die Sache nicht länger totschweigen. Wir müssen vorerst die Akten über den Fall Schewitsch als geschlossen betrachten. Sollten russische Parteigenossen sich über denselben äußern, so werden wir nicht unterlassen, unseren Lesern davon Mittheilung zu machen.

Kalafana, König der Sandwichsinsel-Gruppe im Stillen Ocean, ist gestern gestorben. Die Vereinigten Staaten werden wohl jetzt zur Annetierung der für die Schifffahrt nicht unwichtigen Inseln schreiten. —

Theater.
Sonnabend, den 24. Januar.
Opernhaus. Carmen.
Schauspielhaus. Der Kaufmann von Venedig.
Lesing-Theater. Der Ruf.
Berliner Theater. Kean.
Deutsches Theater. Die Kinder der Erziehung.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Die Gondoliere.
Wallner-Theater. Die Sternschnuppe.
Heldens-Theater. Der selige Lospinel.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Sallealliance-Theater. Die Nachbarinnen.
Ostend-Theater. Ein berühmter Mann.
Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juans.
Thomas-Theater. Drei Paar Schuhe.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.
Direktion: C. Andrea, Alexanderstraße 27c.
Clara Conrad, Sieder- und Walzerfängerin.
Jenny Reimann, Kostüm-Soubrette.
Max Menzel, Gesangsdomiker.
Mr. Koberstein, Malabarist.
Mc. Lean Brothers, Amerikan. Regier-Excentric.
Gebr. Willmo, musikalische Clowns.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 5 1/2 Uhr.
Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf.
50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stabliement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Täglich:
Grosses Concert.
Direktion A. Ködman.
Diensttag und Freitag: Walzer-Abend.
Wochentags 10 Pf.
Entrée Sonn- und Festtag 25 Pf.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Auswahl von Bayerischer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
641 F. Müller.

Bratweil'che Bierhallen
Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Grosses Concert
mit Quartett-Sängern,
ausgeführt von dem Musik-Direktor
H. Sanftleben.
Wochentags: **Frei-Concert.**
Sonntags Entrée 20 Pf.
Empfehle auch zugleich 8 Billards,
8 Kegelsbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
708 F. Sotke.

Circus Renz.
Karlstroße.
Heute, Sonnabend, den 24. Januar,
Abends 7 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
Die lustigen Heidelberger
oder: **Ein Studenten-Ausflug mit Hindernissen.**
Große Original-Pantomime, neu arrangirt und in Szene gesetzt vom Direktor G. Renz.
Außerdem: 4 hohe Schulen zu gleicher Zeit geritten von den Damen Frels, Clotilde Dager, Selga Dager, Oceana Renz (Enkelin) und Vidal. Hippolog. Potpourri mit 42 Freiheitspferden, dressirt und vorgeführt von Herrn Franz Renz. Ein Mexikaner Mandör, geritten von 12 Herren. 3 Athleten zu Pferde von den Gebr. Briatore. Hr. J. F. Clarke, vphantomaler Reitskünstler. Hr. Rodgers an seinem von ihm selbst erfundenen Lustapparat. Austr. der Reitskünstlerinnen Nisi Lilla Meers und J. L. Gierach und des Volitigen Mr. B. Hillis. Romische Entrees und Intermezjos von sämtlichen Clowns.
Morgen Sonntag 2 Vorstellungen.
Um 4 Uhr (1 Kind frei) auf vielseitiges Verlangen „Mazeppa“; Abends 7 1/2 Uhr „Heidelberger“.
E. Renz, Direktor.

Passage-Panopticum.
100 neue Gruppen und Figuren.
Spezialitäten-Vorstellung.
Entree 50 Pfennig.
Geöffnet v. 10 Uhr Vorm. b. 11 H. Ab.

Castan's Panopticum.
Prof. Dr. R. Koch
im Laboratorium.
Amazonen-Truppe
a. b. Feuertauche des Königs von Dahomey.
Wohnaachts-Ausstellung.
Jamen-Bapelle.
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
v. 9 Uhr Morg. bis 10 Uhr Ab.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
Brunnenstraße 23, Hof partiers.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Circus Schumann.
Friedrich-Karl-Str.
Heute Abend 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Unter Anderem: Auftreten der musikalischen Clowns Gebrüder Permann, Cornuelle-Quadrille, geritten v. sechs Damen und 6 Herren. Dreifache Springfahrtschule, geritten von Herrn Ernst. Familie Braun auf Reisen, komisches Intermezzo. Das Schulpferd Albert, geritten von Fräulein Adele Schumann.
Zum Schluß der Vorstellung:
Circus unter Wasser.
Eine ländl. Hochzeit.
Sensationelle Wasserpantomime.
Sonntag, 2 Vorstellungen, Nachm. 3 1/2 und Abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen
Circus unter Wasser.
Alles Nähere Plakate.
Kaiser-Panorama.
Passage 1 Str., v. 9 M. bis 10 Ab.
Diese Woche: 1. Reise auf der Insel Rügen. 2. Reise durch Oesterreich, Prag, Salzburg u. 1. Cycl. Baden, Heidelberg, Konstanz u. 2. Reise um die Erde. 1. Cycl. Pariser Weltausstellung. Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf., Abonn. 1 M.

F. Stenzel's
Elegante Masken-Garderobe,
118 Dresdenstr. - Strasse 118,
empfiehlt sich den Lesern des „Vorwärts“ zu billigen Preisen. 111

Beij- u. Bairij-Bier-Lokal,
Frühstück, Mittag- und Abendstisch.
Arbeiterblätter liegen aus. Billard steht zur Verfügung.
C. Boll,
Wienerstraße Nr. 1-6.

Martin Klein,
40 L. Uhrmacher,
25 Neue Hochstr. 25
empfiehlt sein Lager aller Arten
Band- und Taschen-Uhren.
Reparaturen zu soliden Preisen.
Sinderwagen. Das gr. Lager Berlin
Andreasstr. 23, G. P.

Rohtabak A. Goldschmidt,
Spandauerstraße 6,
am thürigen Plage desamntlich
Größte Auswahl. Garantirt
sicher brennende Cabalet.
Streng reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämtliche im Handel
bekannt. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerstr. 6,
am Lade'schen Markt 1746

Deffentliche Versammlung
für Frauen u. Männer
des Leseklubs „Karl Marx“
am Sonntag, den 25. Januar, im Saale der Gock-Bräuerei,
Tempelhofer Berg.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn P. u. s über Moralpredigt und
Aufklärung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Die Versammlung findet
pünktlich 5 1/2 Uhr statt. Nachdem geselliges Beisammensein mit Tanz.
Der Vorstand.

Grosse öffentliche Versammlung
für Frauen und Männer
am Sonntag, den 25. Januar, Abends 6 Uhr,
in Schmiedel's Festsaal (früher Orpheum), Alte Jakobstraße 32.
Tagesordnung:
1. Vortrag (Vortragsthema und Referent wird in der Versammlung
bekannt gemacht). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Geselliges Beisammensein.
Zur Beachtung! Da wir dem vielfach geäußerten Wunsche nach
einem größeren Versammlungslokal diesmal entgegengekommen, laden wir die
Genossen und Genossinnen zu recht zahlreichem Besuch ein.
158 Die Beauftragten.

Kombinierte Mitglieder-Versammlung
der Vereinigung deutscher Maler, Lackirer,
Anstreicher und verw. Berufsgenossen
Berlins und Umgegend
Montag, den 26. Januar, Abends 8 Uhr, bei Gründel, Dresdenerstr. 118
Tagesordnung:
1. Wahl des Vereinsvorsitzenden. 2. Unsere Statistik. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt. Um zahlreichen Besuch bittet
180 J Der Vorstand.

Oeffentliche Versammlung
der Stereotypenre und Galvanoplastiker Berlins u. Umgegend
am Sonntag, den 25. Januar, Vormittags 11 Uhr,
im Saale des Herrn Bachmann (Dresdener Garten), Dresdenerstraße 45.
Tagesordnung:
1. Vortrag über: Die Nothwendigkeit einer zeitgemäßen Organisation.
2. Diskussion. 3. Bericht der am 31. August 1890 gewählten Kommission.
4. Verschiedenes. 168 J
Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. Um zahlreichen
Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Krankenkasse der Hutmachergesellen zu Berlin
(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 67).
Sonntag, den 25. Januar 1891, Vormittags 1/12 Uhr, im Re-
staurant des Herrn Feindt, Weinstraße 11:
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Statutenänderung. 3. Wahl des
Vorstandes. 4. Wahl der Revisoren und Kontrollenre. 5. Verschiedenes.
Es wird dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
172 Der Vorstand. J. A.: Otto Schopp.

Fachverein der Tischler (Nordens).
Montag, den 26. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Lehmann, Schwedterstraße Nr. 23:
Grosse Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Otto Thierbach: Die wirtschaftliche Lage
der Arbeiter und ihre Organisation. 2. Diskussion. 3. Werkstatt- und
Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragelasten.
Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der wichtigsten Tagesordnung
halber sind die Modelltischler und alle Kollegen des Nordens zu dieser Ver-
sammlung hierdurch eingeladen.
Der Bevollmächtigte. 1812
Hierzu zwei Beilagen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

50. Sitzung vom 23. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Bötticher, von Malhahn, von Stephan.

Auf der Tagesordnung steht die erste Verathung des Vertrages betr. den Anschluß der österreichischen Gemeinde Mittelberg an das Zollsystem des Deutschen Reiches.

Abg. Bromel (Dfr.) begrüßt den Vertrag als ein Zeichen des guten Einvernehmens zwischen Oesterreich und dem Reich, das hoffentlich in dem zu Stande kommenden Handelsvertrag einen noch härteren Ausdruck finden wird. Es ist Aufgabe der österreichischen Regierung gewesen, die urtheilsfähigen Mitglieder der betreffenden Gemeinde zu erfragen, ob sie mit diesem Anschluß an das deutsche Zollsystem zufrieden sind; das Reich hat auch ein Interesse daran, das die Gemeinde mit diesem Anschluß zu freude ist. Vielleicht kann von Seiten des Bundesrats darüber Auskunft gegeben werden. Auskunft ist auch nöthig über die außerordentliche Höhe der Zollverwaltungs-Kosten.

Staatssekretär v. Malhahn erklärt, daß die Gemeinde Mittelberg mit dem Vertrage einverstanden sei. Die Höhe der Zollverwaltungs-Kosten sind durch besondere Ermittlungen festgestellt worden, deren Grundlagen abgegeben werden könnten, wenn es gewünscht wird.

Der Vertrag wird darauf in zweiter Lesung in allen einzelnen Theilen genehmigt.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Verathung des Reichshaushaltsetats für 1891-92 und zwar des Spezialetats des Reichsschatzes des Innern.

Die Debatte wird fortgesetzt über das Kapitel Reichsgesundheitsamt und den dazu vorliegenden Antrag Barth wegen Aufhebung des Verbotes der Einfuhr amerikanischer Fleisches und so weiter.

Abg. Windthorst: Der Reichstag hat bisher, wenigstens hinsichtlich dem Einfuhrverbot zugestimmt, in der Voraussetzung, daß das aus Amerika eingeführte Schweinefleisch wirklich gesundheitsgefährlich ist. Von diesem Standpunkt allein kann ich auch jetzt nur die Sache behandeln. Sollte dieses Verbot irgend eine andere Tendenz haben, so würde ich ganz bestimmt für den Antrag Barth stimmen. Ich kann mich aber auf die gestrigen beruhigenden Äußerungen des Staatssekretärs berufen, und ich hoffe, daß er nicht veräumen wird, dies noch einmal zu thun, daß hier lediglich sanitäre Rücksichten entscheidend sind und in Zukunft bleiben werden. Ich würde dies nicht sagen, wenn nicht Graf Kanitz die Maßregel als eine schutzpolizerische behandelt hätte. (Sehr richtig! links.) Wir haben bereits im Zolltarif das gethan, was zum Schutz der inländischen Viehproduktion notwendig ist. Hätte man annehmen können, daß der Zoll durch eine derartige Maßregel ergänzt werden sollte, so würde man zu einem andern Resultat gekommen sein. Die Maßregel im Kanitz'schen Sinne würde der Anfang der Kontinentalperre sein und dagegen müßte ich mich ganz entschieden verwahren. Graf Kanitz hat der Sache, der er dienen wollte, keinen guten Dienst erwiesen. (Hört, hört! links.) Abg. Bebel: (Sehr richtig!) Wir können die Sache nur vom sanitären Standpunkte prüfen und behandeln. Der Staatssekretär hat die Frage, ob wirklich sanitäre Rücksichten vorhanden sind, in amtlicher Eigenschaft und auf Grund amtlichen Materials bejaht und die entgegenstehenden Ausführungen Widmels haben ihn nicht widerlegt. Wenn wir zwar jeder Zeit geneigt sein werden, die Volksernährung zu erleichtern, so haben wir andererseits auch die Pflicht zu sorgen, daß dem Volke keine Nahrung geboten wird, welche die Gesundheit untergräbt. (Sehr richtig! rechts.) Ich hätte allerdings gewünscht, daß der Staatssekretär noch ausführlichere Mittheilungen gemacht hätte, namentlich auch in Bezug auf die amerikanischen Schutzvorrichtungen. Vielleicht ließe sich durch einen diplomatischen Agenten ein Einfluß dahin geltend machen, daß auch in Amerika die erforderlichen Schutzmaßnahmen getroffen werden, welche die Einfuhr kranken Viehes nach Deutschland verhindern. Aus diesen Gründen kann ich mit meinen Freunden für den Antrag Barth zur Zeit nicht stimmen; aber wir halten die Aufhebung des Einfuhrverbots für dringend wünschenswert, denn die Fleischpreise haben eine Höhe erreicht, welche für die Ernährung der Masse des Volkes unerträglich ist. (Abg. Bebel: Hört, hört!) Es muß auch der Verdacht, als ob eine solche Maßregel zur Ergänzung des Schutzzolls dienen soll, ausgeschlossen sein. (Beifall im Centrum und rechts.)

Staatssekretär v. Wörth: Um der Aufforderung des Vorredners zu entsprechen und da aller guten Dinge drei sind, will ich jetzt zum dritten Male erklären, daß der Standpunkt, will ich jetzt zum dritten Male erklären, daß der Standpunkt, den die verbündeten Regierungen gegenüber der Frage des Einfuhrverbotes einnehmen, lediglich bestimmt wird durch gesundheitsliche und veterinäre Rücksichten. Ich bleibe bei der Behauptung stehen, daß der Gesundheitszustand des Schlachtviehs in Amerika noch nicht in dem Grade gebessert ist, daß wir der Zurecht leben könnten, es werde uns von dort nur ein gesundes Fleisch eingeführt, und daß die Einrichtungen der Amerikaner hinsichtlich der Fleischbeschauer und der Verhinderung der Zufuhr kranker Thiere nicht so ausgebildet sind, daß wir daraus die Gewähr schöpfen können, nur gesundes Fleisch zu erhalten. Ich bin diesmal zufrieden, daß die Diskussion gestern nicht zu Ende geführt worden ist, denn ich habe über Nacht Gelegenheit gehabt, mich noch genauer zu orientiren und beeres Material beizubringen. (Zuruf links: Das war auch nöthig!) Nach den inzwischen gewonnenen Informationen müssen wir doppelt vorsichtig sein, und wie haben leider mit dem Verbot, die russische Grenze an einigen Stellen der Einfuhr von Schweinen zu öffnen, sehr traurige Erfahrungen gemacht. (Lebhafter Beifall rechts.) Nach den uns vorliegenden Berichten ist bis jetzt kein unverfälschter Transport über die russische Grenze gekommen (Hört, hört! rechts), und leider nehmen die Russen die Schweine nicht zurück, sondern überlassen es uns, die Schweine zu konsumiren. Sie werden begreiflich finden, daß die Regierung sich nicht der Verpflichtung überhoben sieht, recht sorgfältig zu prüfen, wie es mit dem Gesundheitszustand der Schlachthiere steht, die vom Ausland entweder persönlich oder in Gestalt der Produkte bei uns eingeführt werden. Die Verordnung, welche die amerikanische Regierung in Bezug auf die meat inspection act erlassen hat, ist nach unseren Begriffen nicht ausreichend, um die Gewähr, welche wir erstreben, zu leisten. Nach dieser Verordnung soll die Untersuchung des Fleisches auf Antrag des Exporteurs stattfinden, falls im Bestimmungslande eine Untersuchung die Vorbedingung der Zulassung der Einfuhr bildet. Der untersuchende Beamte soll sich dann überzeugen, daß die Waare gesund und zum menschlichen Genuß geeignet ist. Die Untersuchung findet an der fertigen verpackten Waare statt. (Weiterheit rechts.) Außerdem sind einige Vorschriften darüber erlassen, wie die Waare bezeugt werden müsse, und wie das Ergebnis der Untersuchung kenntlich zu machen ist. Nun hat Hr. Bromel zwar geltend gemacht, daß es sehr weise von der amerikanischen Regierung sei, daß sie diese Untersuchung nur fakultativ, d. h. auf Antrag des Exporteurs vornehmen lasse. Allein ich schlage diese Weisheit doch nicht sehr hoch an; denn gegenüber dem europäischen Importlande giebt es gar keine Gewähr, wenn es in das Belieben des Ab-

fenders gestellt ist, ob er die Waare untersuchen lassen will oder nicht. (Sehr richtig! rechts.) Eine Gewähr ist nur dann gegeben, wenn die Sache obligatorisch gemacht wird. (Erneute Zustimmung rechts.) Die Amerikaner selbst haben das schon eingesehen. Denn es ist dem Kongress eine Bill vorgelegt worden, die wenigstens das Schlachtvieh vor und nach der Schlachtung untersucht wissen will. Ob diese Bill zu Stande kommt und ob sie ausreichend ist, werden wir abzuwarten und weiter zu prüfen haben, wie sich die Sache praktisch in Amerika gestaltet. Die bisherige praktische Gestaltung ist unzulänglich. Ich bitte Sie, wie ich eine sorgfältige Untersuchung bei einer für den Versand verpackten Waare möglich? (Sachen rechts.) Es ist schon jetzt bei den Eingangsstellen absolet unmöglich, größere Mengen von Fleisch, die zur Verladung kommen, sorgfältig zu prüfen, um die Trichinengefahr abzumenden. Jetzt aber soll die Untersuchung vorgenommen werden, wenn die Waare sorgfältig verpackt ist; und wieviel Fleischbeschauer hat man dort angestellt? Sage, schreibe und sprich: an drei Plätzen, nämlich in New-York, Chicago und Kansas-City. Aus den übrigen Versandorten kann das Fleisch ruhig eingeführt werden ohne Untersuchung. Das wollen wir verhindern. Nun noch Eins. Die Herren sind so außerordentlich dafür, daß Deutschland laxere Vorschriften einführen möge. Und was thut Amerika? In den Artikeln 7, 8 und 10 der meat inspection act wird äußerst streng Folgendes vorgeschrieben: Die Einfuhr muß erfolgen über gewisse Quarantänestationen, als welche die Häfen Boston, New-York und Baltimore u. A. bezeichnet werden, alles importirte Vieh mit Ausnahme des aus Nord-, Zentral- und Südamerika eingeführten muß versehen sein mit einer Bescheinigung der Lokalbehörde des Bezirks, in welcher dasselbe ein Jahr vor der Verschiffung sich befinden hat. (Hört, hört! rechts.) Wir verlangen in diesem Betrach nur drei Monate. Es ist ferner zu bescheinigen, daß in dem Bezirk im letzten Jahre keine ansteckende Lungen-, Maul- oder Klauenseuche oder Rinderpest vorgekommen ist. Das zur Einfuhr gelangende Vieh, sofern dasselbe nicht aus Nord-, Zentral- oder Südamerika stammt, unterliegt dann noch einer 30-tägigen Quarantäne, bei Schafen z. und Schweinen beträgt sie 15 Tage. Nun vergleichen Sie damit, was wir thun! Wir sind keine prinzipiellen Gegner der Einfuhr. Wir sind auch warme Freunde der durch die Einfuhr hervorgerufenen Erleichterung unserer Volksernährung. Aber bevor wir nicht die Gewähr haben, daß man uns nur gesundes Vieh schickt, lassen wir die kranken Produkte nicht herein. Nehmen Sie sich Amerika zum Beispiel! (Beifall rechts.)

Abg. v. Marquardt (natl.): Es hätte der Versicherung des Staatssekretärs nicht bedurft, daß er nur vom sanitären Standpunkte aus den Antrag ablehnt. Ich stimme aber mit dem Abg. Windthorst darin überein, daß dem Staatssekretär die Bundesgenossenschaft des Grafen Kanitz nicht angenehm sein konnte. Ich möchte nun aber die Frage nicht vom sanitären, sondern vom volkswirtschaftlichen Standpunkte beurtheilt wissen, es handelt sich um ein Nahrungsmittel, das von den weniger bemittelten Kreisen vorzugsweise verwendet wird. Namentlich für den deutschen Weizen und die Seeläse, und für die Proviantierung unserer Schiffe und unsere Bergwerks-Arbeiter hat das amerikanische Schweinefleisch eine hervorragende Bedeutung. Man schärft mich scharf. Man soll das Kind mit dem Bade auch noch der sanitären Seite nicht ausschütten. Es ist uns nachgewiesen worden, daß in England eine massenhafte Verwendung dieser amerikanischen Fleischprodukte stattfand. Ich habe aber nicht zu erkennen vermocht, ob dort häufig Fälle von Trichinose vorkommen. Es ist auch nicht richtig, daß die Engländer nur durchgebratenes Fleisch essen. Jeder hat seinen eigenen Geschmack, und insofern kann ich der kulinarischen Einwendung des Staatssekretärs nicht den vollen Einfluß einräumen. Auch in Holland wird gerade dieses Produkt in großem Umfange genossen. Wir haben zahlreiche Schmutzgeschäfte gehabt. Ich möchte noch die Regierung fragen, ob sie irgend welchen Nachweis dafür erbringen kann, daß dieser grobartige Konsum von amerikanischem Speck nachtheilige Folgen gehabt hat. Deshalb glaube ich, daß diese Maßregel endlich aufgehoben werden muß, wenn sie auch juristisch nicht anfechtbar ist. Ich kann Ihnen deshalb den Antrag Barth im Namen meiner Freunde nur empfehlen, und zwar in dem Sinne, daß die Regierung diesen Gegenstand noch einmal unbefangenen vom sanitären und volkswirtschaftlichen Standpunkte aus untersucht. Wir verlangen gar nicht, daß die Regierung den Antrag annehme. Wir wollen ihr nur Gelegenheit geben, sich noch einmal die ganze Frage zu überlegen. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Marischal: Der Abg. Windthorst hat den Wunsch ausgesprochen, es möchten unsere Vertreter in den Vereinigten Staaten beauftragt werden, genaue Erhebungen über den gegenwärtigen Gesundheitszustand des Viehes dort zu veranstalten. Ich kann daraufhin erklären, daß dieser Wunsch bereits erfüllt ist. (Hört, hört! rechts.) Obgleich die Regierung von der Anschauung ausgeht, daß das vorhandene Material genügt, um die sanitären Gründe fortbestehen zu lassen, welche allein die fraglichen Verbote veranlassen, so habe ich trotzdem schon vor Monaten sämtliche konsularische Agenten in den Vereinigten Staaten beauftragt, die allerjüngsten Erhebungen sowohl über die Gesundheitszustände des Viehes, insbesondere der Schweine, so wie auch darüber zu veranstalten, welche Wirksamkeit die neu eingeführten Kontrollen ausüben. Dieser Bericht-erhaltung darf ich in der nächsten Zeit entgegensehen, und ich glaube, daß auch für den Herrn Vorredner nach der Begründung, die er uns eben gegeben hat, ein Anlaß zur Annahme des vorliegenden Antrags nicht vorliegt (sehr gut! rechts), weil eben alle die Erhebungen, die er mit Annahme des Antrages provoziren will, bereits in die Wege geleitet und im Gange sind. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (Sog.): Diese Erklärung beweist, wie notwendig es war, daß wir noch an einem zweiten Tage über die Sache berathen, sowie mit welcher Aufmerksamkeit man an die gesundheitliche so wichtige Sache beachtet, denn diese Erklärung wäre bereits gestern am Platze gewesen. Es wirft ein eigenenthümliches Licht auf die Stellung der Regierung zu dieser Frage, daß es erst einer Nacht bedurfte, um den Herrn Staatssekretär v. Bötticher in den Stand zu setzen, das Material vorzubringen, das für die Begründung der Stellungnahme der Regierung notwendig ist. (Sehr gut! links.) Dieses Material konnte mich aber nicht zu anderer Meinung bringen. Der Abgeordnete v. Frege wundert sich, daß man hierbei allgemein die Agrarölle befrage. Ich bin verunmüthet, wie sich Herr Frege darüber wundern konnte. Wir haben immer den Verdacht gehabt, daß bei diesen Verbote mehr agrarische Interessen als die Rücksicht auf die Gesundheit der Bevölkerung maßgebend gewesen sei. Das bestätigt deutlich die Anschauung des Grafen Kanitz, der erklärte, daß für ihn wesentlich die agrarischen Gesichtspunkte in Betracht kämen. (Abg. Graf Kanitz: Neben-sächlich!) Ich habe verstanden, „wesentlich“. Jedenfalls beweisen die Worte der Herren Grafen Kanitz und v. Frege, daß sie sich der Bedeutung dieser Frage sehr wohl bewußt sind. Herr Birchow, der doch in dieser Beziehung Autorität ist, hat schon bei Erlass des Verbots erklärt, daß nicht nachgewiesen sei, daß die damals in Deutschland vorgekommenen Fälle von Trichinose durch den Genuß amerikanischen Schweinefleisches herbeigeführt seien. Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, das thatsächliche Material

dem Reichstag vorzulegen. Der Miknuth über die hohen Preise der Lebensmittel ist jetzt allgemein in der Bevölkerung. Wenn selbst der Abgeordnete Windthorst, der alle Zollmaßregeln gebilligt hat, jetzt erklärt, daß auch seine Partei für eine Erleichterung der Ernährung des Volkes eintreten wolle, so ist das ein deutlicher Beweis für die Stimmung der Masse. Eine solche Äußerung wie die neuliche des Reichskanzlers, daß auch die Regierung bemüht sei, die Ernährung des Volkes zu erleichtern, haben wir hier in zehn Jahren nicht gehört. (Sehr richtig! links.) Jetzt, wo geradezu eine allgemeine Empörung im Volke herrscht, kommen die Herren mit solchen Erklärungen. Gestern wurde namentlich auf die bergamännische Bevölkerung hingewiesen, aber auch für unsere ganze Industriebevölkerung, namentlich die hausindustrielle, war das amerikanische Schweinefleisch ein wesentliches Nahrungsmittel, sogar das einzige Fleisch, welches sich die Leute nach Maßgabe ihres Verdienstes anschaffen konnten. Durch das Verbot wurde der Fleischkonsum dieser Bevölkerung auf ein Minimum reduziert. Im „Meißner Tageblatt“, welches entschieden agrarischen Tendenzen huldigt, wird eingeklagt, daß vom Spätherbst 1889 bis dahin 1890 das Rindfleisch um 12 bis 20, das Schweinefleisch sogar um 25 Pf. im Preise gestiegen ist. Sanitäts- und veterinärpolizeiliche Gründe fallen für das Verbot maßgebend sein. Warum haben sich denn aber in der Bevölkerung, bei der fortgesetzt dieses bei uns verbotene Fleischprodukt Eingang findet, die Folgen eines solchen Zustandes desselben nicht gezeigt? Zunächst hätte doch in Amerika selbst die Trichinose massenhaft auftreten müssen. Graf Kanitz behauptet, die Manipulationen in den großen Schlachthäusern der Vereinigten Staaten seien so, daß das wirklich kranke und gesundheitsgefährliche Vieh nach dem Auslande geschickt wird, das gesunde in Amerika bleibt. Damit ist doch ausgesprochen, daß die amerikanischen Beamten sich eine gewissenlose Pflichtverletzung zu Schulden kommen lassen, wenn sie solchen Manipulationen Vorschub leisten. Ich wundere mich, wie Herr v. Bötticher hier Berichte vortragen konnte, aus denen hervorging, daß die Beamten der Vereinigten Staaten ihre Pflicht vernachlässigen, um krankes Fleisch exportiren zu lassen. Wollen Sie behaupten, daß die Klagen von belgischen, englischen, holländischen Arbeitern und selbst von Deutschen, die das verbotene Produkt unter solcher Plage doch getossen haben, den Trichinen weniger zugänglich seien, als die übrigen deutschen Magen? In Bochum habe ich bei der Wahl gehört, daß dort seit Jahren ein Mangel an amerikanischem Speck nicht zu beobachten sei; jeden Tag kämen bedeutende Quantitäten über die Grenze, mit dem Stempel versehen, daß die Waare holländischen Ursprungs sei, während Jeder weiß, daß es amerikanisches Fleisch ist. Das ist der schärfste Beweis, daß die Einwände der Regierung absolet gegenstandslos sind. Bei einem für die Ernährung des Volkes so wichtigen Produkt hätte die Regierung schon längst durch unsere Beamten in Amerika die dortigen Zustände untersuchen lassen müssen. Unsere Konsulate in New-York und Chicago kosten uns Hunderttausende. Woju sind die Konsularbeamten da, wenn nicht, um über so wichtige Fragen Auskunft zu geben? Daß es nicht geschehen ist, beweist, daß es sich vielmehr um eine agrarische Schutzmaßregel, als um eine sanitäre handelt. Die Einrichtungen zur Ueberwachung des exportirten Fleisches in Amerika sollen ungenügend sein. Das betreffende Gesetz ermächtigt aber den amerikanischen Ackerbauminister ausdrücklich, genaue Untersuchungen des auszuführenden Fleisches eintreten zu lassen und festzustellen, ob das Fleisch gut und zur menschlichen Nahrung geeignet sei. Auch das bereits verpackte Fleisch wird genau untersucht und abgestempelt. Gerade das zu exportirende Fleisch untersucht man sehr scharf, während man in Bezug auf die Untersuchung des in Amerika bleibenden Fleisches sehr lax ist. Anstatt die Einfuhr ganz zu verbieten, hätten Sie einfach vorschreiben können: Amerikanisches Fleisch kann unter den üblichen Bedingungen eingeführt werden, wenn der Empfänger sich der von deutschen Behörden anzustellenden Untersuchung unterwirft. Das verpackte Fleisch kann leicht mittelst eines besonders konstruirten Bohres, der in alle Theile eindringt, untersucht werden. Ueber das Verfahren beim Schlachten in Amerika sollte man nicht erträsten thun. Unser internationales Schweinefleisch hat sich auch so trichinös erwiesen, daß es zur Einführung der obligatorischen Fleischschau geeignet hat. Der allergrößte Theil der deutschen Seeläse lebt auf den langen Fahrten von amerikanischem Pölsfleisch, ohne krank zu werden. Ein Sachverständiger spricht in der „Weser-Zeitung“ seine Verwunderung darüber aus, daß, während die Flotten aller Länder das amerikanische Pölsfleisch jedem anderen vorgezogen, die deutsche Marine sich weigert, dasselbe zu verwenden, obwohl es ein gross mit 20 Pf. pro Pfund zu haben sei. Für das Verbot amerikanischen Schweinefleisches kann man die Zustände in Russland nicht geltend machen. Wenn hier wirklich die Verhältnisse so liegen, wie Herr v. Bötticher sie schilderte, so würde Niemand der Regierung einen Vorwurf aus dem Verbot machen. Nur für das amerikanische Fleisch beweist das nichts. Was Sie aber bestimmen, das Verbot aufrecht erhalten zu wollen, ist etwas ganz anderes, ist das schutzpolizerische Interesse, nicht das sanitäre. Allerdings könnte die deutsche Landwirtschaft Alles an Getreide und Vieh hervorbringen, was Deutschland braucht. Aber dazu gehörte, daß sie sich alle wissenschaftlichen und technischen Fortschritte aneignete. Das können aber unsere Landwirthe nicht, denn einmal sind sie zu arm dazu, zum zweiten würde auch ihr Grundbesitz in den meisten Fällen den Ankauf großer Maschinen und all der anderen technischen Hilfsmittel nicht lohnend machen. Es sind unsere privatkapitalistischen Verhältnisse überhaupt, die das hindern; nur durch den Uebergang zu einer anderen Wirtschaftssystem könnte der gesamte deutsche Konsum auch in Deutschland produziert werden, in agrarischer wie in industrieller Beziehung. Wie theuer soll denn Fleisch und Brot werden, bis Sie mit eigenen Produkten den deutschen Markt versorgen können? Die Zuckerpflanzen halten Sie für nothwendig, um so den besten Boden für Ackerbau verwenden zu können; mit den Branntweineinprämen verhindern Sie wiederum die bessere Ausnutzung des Bodens. Was haben Sie bis jetzt nun mit Ihren Getreidezöllen erreicht in Betreff einer weiteren Ausnutzung des Bodens? Nach den Tabellen von Neumann-Spallart ergibt sich, daß auch nach Einführung der Getreidezölle fast kein Deltar mehr zum Getreidebau verwendet worden ist. So wenig nun die Getreidezölle dem kleinen Mann zu Gute kommen, eine so geringe Rolle spielt das Schwein für den kleinen Landwirt. Graf Kanitz hat geltend auf die gestiegenen Löhne der Bergarbeiter hingewiesen und damit das Verbot zu rechtfertigen versucht. Wenn die Löhne in der That höher geworden sind, was ich befreite, ist daran die Schutzpolitik am allerwenigsten schuld. Daß die allgemeine günstige Konjunktur die Ursache ist der höheren Löhne, zeigt der Umstand, daß auch die freihändlerischen Länder höhere Löhne aufweisen. In England trat der Lohnschwung früher ein und hielt auch länger an, als bei uns. Die Berichte der Fabrikinspektoren beweisen auch nicht, daß höhere Löhne gezahlt werden, sondern sie sagen nur, daß die Arbeiter gegenwärtig etwas länger beschäftigt werden und daß dadurch ihr Einkommen etwas erhöht sei. Wenn auf Hamburg exemplarisch hingewiesen ist, so beweist doch der Umstand der letzten Reichstagswahlen, daß die Hamburger Arbeiter keineswegs zufriedener

find, da in sämtlichen drei Hamburger Wahlkreisen Sozialdemokraten gewählt sind. So müssen wir in Hamburg eigentlich die Regierung in die Hand bekommen. In der That soll nach dem Vorschlag das Brot in Hamburg um 15 Pct., das Pfund Salz um 8 Pct., theurer geworden sein. Herr von Frege hat unser Vorsehen für die Aufhebung des Schweine-Einfuhrverbotes zu discrediren versucht durch die Behauptung, daß wir das amerikanische Großkapital unterstützten. Allerdings ist es uns ganz egal, auf welche Art wir einen Vorteil für die deutschen Arbeiter erringen. In der gegenwärtig heranziehenden Krisis wird der Arbeiter es sehr schwer empfinden, wenn er bei geringem Einkommen die höchsten Lebensmittelpreise zahlen muß. Wir sollen ferner dem Volke die Religion rauben. Wir wissen aber, die Religion daß bei einem großen Theil der herrschenden Klassen nur zur Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes benutzt wird. Das können Sie schon aus den Schriften des Aristoteles und Machiavelli entnehmen. Sie wissen ebenso gut wie wir, daß, je mehr das Volk den Glauben an das Jenseits, den Sie uns doch nicht beweisen können, fahren läßt, es desto mehr in dem Diesseits ein besseres Dasein verlangt. Die Massen wollen eben schon auf Erden ihren verdienten Lohn erhalten. Da es also mit den angeblichen Gründen des Herrn v. Wöllcher nichts ist, muß das Verbot fallen. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Wöllcher: Der Vordredner hat am Eingange seiner Rede die Situation der verbündeten Regierungen dadurch kennzeichnen wollen, daß er den Umstand hervorhebt, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes heute eine Mittheilung gemacht hat über einen Auftrag an die Konsularagenten in Amerika zur Berichterstattung über den Gesundheitszustand des amerikanischen Viehes, und daß ich gestern von diesem Auftrage nichts gewußt habe. Da verkennt er doch unsere Ressortverhältnisse vollständig. Allerdings wird das Reichsamt des Innern, sobald das Material von den Konsularagenten eingegangen ist, zur weiteren Beurtheilung desselben hinzugezogen. Das aber würde ich nicht und tonale ich nicht wissen, daß bereits ein solcher Auftrag erteilt sei. Ich glaube auch, daß meine gestrige Information ohnedies vollständig zureichend war, und halte deshalb fest, daß die Dinge in Amerika noch nicht so liegen, daß wir mit voller Sicherheit die Sperre aufheben könnten. Der Vordredner thut uns auch Unrecht, wenn er glaubt, daß wir erst infolge des Unwillens der Bevölkerung uns mit der vorliegenden Frage beschäftigt hätten. Unsere Allen, die ich ihm zur Einsicht zur Verfügung stelle, bekunden, daß wir seit die Dinge in Amerika verfolgt haben, und daß wir schon seit längerer Zeit den Anschluß haben, eine Aenderung eintreten zu lassen, wenn es an der Zeit sein wird. Der Vordredner hatte auch keine Veranlassung, meine Gründe als solche zu bezeichnen, die ich nur „angeblich“ vorbrachte. Wenn ich diese Gründe angebe, so ist es meine Pflicht und mein Wille, zutreffende und richtige anzugeben, wie sie eben für unsere Maßnahmen bestimmend sind. Der Ausdruck „angebliche Gründe“ ist nicht üblich gegenüber der Regierung, und da ich dem Vordredner keinen Grund zur Unhöflichkeit gegeben habe, hätte er wohl seine Unterscheidung unserer Gründe fortlassen können. Schädliche Folgen durch den Genuß amerikanischen Schweinefleisches sind in anderen Ländern und speziell in Amerika selbst nicht eingetreten, weil die Art des Genußes eine von der unserigen verschiedene ist. Der Amerikaner ißt kein rohes Schweinefleisch, wohl aber die Deutschen, und deshalb muß die Regierung Vorsichtsmaßregeln treffen. Uebrigens traue ich den Amerikanern zu, daß sie so klug sind, das Beste für sich zu behalten. Ich habe auch keine Beschuldigung gegen die amerikanischen Beamten wegen mangelnder Kontrolle ausgesprochen. Diese beruht in der Organisation und in der geringen Zahl der Beamten. Es genügt uns eben nicht, daß nur an drei Orten für den Export eine Fleischschau eingeführt ist. Die meat inspection act enthält nur die Ermächtigung für den Ackerbauminister, Fleischschauungen einzuführen, besagt aber, daß die Fleischschau eingeführt ist. Auch der Schmuggel mit amerikanischen Speck wird von uns nachsahm verfolgt. Es sind in neuerer Zeit im Bezirk Köln Trichinenfälle vorgekommen, die auf den Genuß amerikanischen geschmuggelten Fleisches zurückgeführt werden. Ueber das Resultat unserer Nachforschungen werde ich dem Abg. Webel in einigen Wochen Auskunft geben können.

Abg. v. Karbowitz (Rp.): Wenn die Gefahr, welche die Einfuhr amerikanischen Schweinefleisches mit sich bringt, so gering ist, dann müßten wir auch bei uns die obligatorische Fleischschau aufheben. Wenn dieses Einfuhrverbot aufgehoben wird, dann werden die Amerikaner ihren guten Willen, den sie jetzt bei der Einfuhr von Sanitätsmaßregeln betätigen, bald wieder fallen lassen. Wie hat man die amerikanische Regierung beurtheilt oder vielmehr verurtheilt, als es sich um die Silberfrage handelte. Und jetzt wird sie bis in den Himmel gedehnt. Die Preise des Schweinefleisches unterliegen überhaupt immer sehr erheblichen Schwankungen; daß ich bei dieser Frage auch nicht außer Acht zu lassen. Durch die Schmelze haben wir jetzt höhere Löhne (Widerpruch links), während in den Freihandelsländern Noth herrscht. Aus Irland sind die Leute ausgewandert, wir aber wollen unseren Bauernstand erhalten, deshalb bitte ich Sie, gegen den Antrag zu stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Barth (Df.): Wenn man die Gefahr für so groß hält, daß vielleicht in einzelnen amerikanischen Schinken oder Speckseiten Trichinen vorhanden sind, dann kann man ja eine Untersuchung einführen, wie ja auch amerikanisches Petroleum bei uns testirt werden muß. Ich glaube, daß kein Grund vorliegt, daß die anderen Parteien sich von der Zustimmung zu dem Antrag fern halten; wir werden das bei der namentlichen Abstimmung erkennen können.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antl.): Der Antrag ist nur ein Mittel für die Agitation, ein Anlaß der freisinnigen Schwinkepolitik. Während die Freisinnigen und Sozialdemokraten sich sonst immer in den Haaren haben, geben sie zusammen, wenn es darauf ankommt, gegen die Bauern zu gehen. (Präsident von Levetzow: Es giebt im Hause Niemand, der gegen die Bauern geht. (Heiterkeit.) Aber außerhalb des Hauses, und das habe ich nur gemeint. (Weiterkeit.) Die Sozialdemokraten wollen ja überhaupt den ganzen Bauernstand vernichten, das beweisen die Ausstellungen der sozialistischen Presse, besonders die Auslassung des Herrn Engels. Das Einfuhrverbot sollte zunächst die gesundheitschädlichen Produkte fernhalten, daneben aber auch die deutsche Landwirtschaft schützen. (Aha!) Die Herren links haben keine Reue, Unzufriedenheit zu bezeugen, sondern nur Unzufriedenheit zu erregen. Die konservativen Parteien sollten sich nach Herrn Wambarger verschworen haben, dem Volke das Heil über die Ohren zu geben; ebenso könnte man sagen, die Parteien links haben sich verschworen, den Bauernstand an den Bettelstab zu bringen, natürlich außerhalb des Hauses. (Heiterkeit.) Wenn Herr Birchow die Trichinengefahr für nicht so groß erklärt hat, so weiß ich nicht, in welchem Auftrage er das gethan hat. Jedenfalls sind die Untersuchungen einer freisinnigen Autorität neben den Mittheilungen der Regierung nicht möglich. Freilich, Ihre Hauptaufgabe ist es, daß Sie durch ihre Speisegese vor der Trichinengefahr geschützt. (Stürmische Heiterkeit.) Die Sozialdemokraten verstoßen hier gegen die Lebensinteressen des Bauern gerade in dem Augenblicke, wo sie auf das Land gehen wollen. Wenn die Apostel der Sozialdemokratie mit „leuchtenden Augen“ kommen werden, so werden sie doch nicht mit leuchtenden Augen abziehen, oder höchstens mit Augen, aus denen der Spiritus Alkohol leuchtet. (Weiterkeit.) Sie spielen ein gefährliches Spiel, meine Herren! Der Bauer ist kein Spielzeug, da sei uns Gott davor! (Beifall rechts. Lachen links und vereinzeltes ironisches Bravo.)

Abg. Graf Kanitz erklärt, daß ihm auch in erster Linie die sanitäre Rücksicht stehe, daneben ist aber der Schutz der deutschen Schweine auch von Bedeutung.

Abg. Windthorst hält die Erörterungen für ganz gut, aber

bleibt doch bei seinem Entschlus stehen, gegen den Antrag zu stimmen.

Abg. Wigger (Widlib.) erhebt Protest dagegen, daß den deutschen Bauern auf diese Weise geholfen werden müsse; die Bauern werden sich selbst helfen. Deshalb werde er für den Antrag stimmen.

Damit schließt die Debatte.
In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Barth mit 133 gegen 106 Stimmen abgelehnt. Für denselben stimmen die Sozialdemokraten, die Volkspartei, die Freisinnigen, die Nationalliberalen und die Abgg. Johannsen, Thomsen, Wigger, Noeide; gegen den Antrag stimmen die beiden konservativen Gruppen und das Centrum, sowie die Antisemiten. Die Ausgaben für das Reichsgesundheitsamt werden genehmigt und darauf die weitere Berathung des Etats bis Sonnabend 1 Uhr verlagert. Außerdem dritte Lesung des Antrages wegen der Gemeinde Mittelberg.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Sterrenhaus.

6. Sitzung vom 23. Januar, 11 Uhr.

An Ministertische: v. Schelling und Kommissarien.
Eingegangen ist der Gesetzentwurf betr. die Einverleibung der Insel Helgoland in die preussische Monarchie.

Neu berufen ist auf Grund der Präsentation der Stadt Bromberg der dortige erste Bürgermeister Braefide.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Justizkommission über den Gesetzentwurf betr. die Emeritirungsordnung für die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Schleswig-Holstein.

Ohne Debatte wird die Vorlage im Einzelnen und im Ganzen angenommen.

Der Gesetzentwurf betr. die Errichtung eines Amtsgerichts in Rinn wird ohne Diskussion genehmigt.

Ueber die Vorlage betr. die Aenderung des § 79 des Ausführungsgesetzes vom 24. April 1878 zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetz berichtet Namens der Justizkommission Herr Eggeling.

Nach der Vorlage soll die allgemeine Dienstaufsicht, welche bisher an den mit mehreren Richtern besetzten Amtsgerichten den Landgerichts-Präsidenten zusteht, an diesen Gerichten durch den Justizminister einem der Richter übertragen werden können. Diese allgemeine Dienstaufsicht soll sich auch auf die richterlichen Beamten erstrecken. Es soll vorbehalten bleiben, diesen Richtern höhere Stellenzulagen zu gewähren. Die Kommission hat die Beschränkung auf Amtsgerichte mit mindestens 10 Richtern fallen und will allgemein die neue Vorschrift für die mit mehreren Richtern besetzten Amtsgerichte einführen.

Zu der Vorlage ist folgende Resolution Dernburg und Genossen eingegangen:

Die Regierung zu ersuchen:

1. in Berlin und seinen Vororten, sowie in den anderen größeren Städten der Monarchie Amtsbezirke für je 30 000 Gerichtseingesessene mit dem Sitze des Amtsgerichts innerhalb des Gerichtsbezirks im Wege der Gesetzgebung einzurichten;

2. durch Maßnahmen der Verwaltung und durch die Gesetzgebung darauf hinzuwirken, daß sich die Amtsgerichte bei der Verwaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit nicht auf eine bloß formelle Thätigkeit beschränken, sondern innerhalb ihrer Zuständigkeit den Gerichtseingesessenen unterstützend und fördernd zur Seite stehen.

Justizminister v. Schelling: Die Vorlage erbittet eine Fakultät für den Justizminister und wir haben diese Fakultät auf das Notwendigste beschränkt. Die Erweiterung der Vorlage durch die Kommission können wir nur dankbar begrüßen und bitten Sie, der Vorlage in der Lesung der Kommission zuzustimmen.

Oberbürgermeister Voie ist mit der Erweiterung der Vorlage auch seinerseits einverstanden. Er befürwortet außerdem einen Antrag, der darauf hinausläuft, die vielleicht mit dieser Neuerung in ihrem Selbstbewußtsein verletzten Richter mit derselben zu versöhnen, daß dem aufsichtsführenden Richter seinen Kollegen gegenüber eine Befugnis zu disziplinarischen Rügen und dergleichen nicht zuzuehen soll, während der zur Ertheilung von Rügen und zur Verhängung von Ordnungsstrafen bis zu 100 M. den nicht richterlichen Beamten gegenüber befugt sein würde.

von Kleist-Regow: Wenn man eine aufsichtsführende Instanz für notwendig hält, kann man nicht der Theorie folgen: Wacht mir den Pelz, aber mach' ihn mir nicht naß. Ohne wirkliche Aufsicht und ohne die Befugnis, dieser Aufsicht Nachdruck zu geben, ist eine Besserung nicht zu erwarten.

Dr. Dernburg: Ich kann der Vorlage nicht zustimmen, weil sie nach meiner Meinung nicht geeignet ist, die Schäden zu heilen, welche ich auch anerkenne. Schon 1877 hat die Justizkommission des Herrenhauses den heutigen Zustand geschaffen. Sie hatte im Auge nicht die Befreiung der Amtsrichter von aller Aufsicht, sie wollte sie aber anders gestaltet haben. Jene Männer hatten recht. Die Aufsicht durch die Landgerichts-Präsidenten sollte nach ihrer Meinung eine materielle sein; sie hielt es auch damals schon für zulässig, daß der Präsident durch Delegation, also auch durch Amtsrichter die Aufsicht führen könne. Nachdem die damaligen Beschlässe der Kommission sich eingelebt haben, hat sich ein gewisses Standesbewußtsein der Richter herausgebildet, das vielleicht zu weitgehend, aber das allein geeignet ist, uns wieder zu besseren Zuständen zu führen. Denn die Erfahrungen, die wir mit der Justizpflege machen, sind heute keine günstigen. (Sehr richtig!) Das Gorgefühl, die Unruhe der Richter ist das Einzige, was uns wieder weiter bringen kann. Würden Sie auch einen Bienenamt unter die Aufsicht eines andern Bienenamts stellen wollen? Das würde doch zu sehr bedenklichen Konsequenzen führen. Es soll doch materiell das Wohl der Bevölkerung gefördert werden. Ein solcher Auftrag, widerruflich erteilt, mit Titel und Gehaltszulagen für den Betreffenden, das wird im Abgeordnetenhause nicht angenommen werden. Die Richter selbst sehen der Sache wenig fremdbüchig gegenüber.

v. Holleben (Präsident des Oberlandesgerichts Königsberg): Als alter Praktiker muß ich dem verehrten Rechtslehrer, der es eben gesprochen hat, entgegenreden. Eine Aufsicht der Amtsrichter durch einen Kollegen, mag er nun Direktor oder sonstwie heißen, ist durchaus notwendig. Die Hauptsache für die Einführung einer solchen Aufsicht liegt in dem erzieherischen Moment, namentlich für die jungen Juristen, welche soeben erst an die Gerichte kommen. Wenn diese Gerichte einen Vorstand haben, der kein Vorstand ist, der keine Autorität hat, dann ist es keine Seltenheit, daß die Amtsrichter schon verlottert vom Amtsgericht zum Landgericht kommen, und hat man seine Mühe, den Herrn wieder in Ordnung zu bringen. Ich habe einen mir aus einer anderen Provinz importirten Richter nach vierzehn Tagen wegen fortwährender Trunkenheit dispensiren und entlassen müssen. Einem anderen passirte das nach sechs Wochen. (Hört! hört!) Würde gegen diese jungen Herren früher eingegriffen, wo sie noch heilbar sind, dann würden sie auch geheilt sein. Der Landesgerichts-Präsident würde vielleicht alle drei oder vier Jahre einmal in die Lage kommen, über den einzelnen Amtsrichter eine wirkliche Aufsicht auszuüben.

Geh. Rath Eichholtz: Die Bedürfnisfrage ist in der Kommission mit allen Stimmen, mit Ausnahme allein des Herrn Dernburg, anerkannt worden. Wenn mit diesem Gesetzentwurf nicht alle Schäden geheilt werden, so ist das kein Grund, hier uns die Möglichkeit zu rauben, in einem Punkte abzuhelfen. In dem Antrage Voie ist keine Verbesserung zu erblicken.

Kammergerichts-Präsident Drenkmann: Die von Herrn v. Holleben vorgeführten Fälle sind Einzelheiten, welche nicht für die Beurtheilung der Sachlage im Ganzen ausschlaggebend sein können. Aber die durch die Landgerichts-Präsidenten geführte

Aufsicht ist thatsächlich durchaus unzureichend, da sie neben ihren sonstigen Geschäften einfach dazu keine Zeit übrig behalten. Der Antrag Voie würde keine erhebliche Milderung schaffen. Das Selbstbewußtsein der Richter kann doch nicht unter der Ausübung eines ordnungsmäßig erlassenen Befehles leiden; aber praktisch wäre es vielleicht richtig, dem aufsichtsführenden Richter auch einen höheren Rang zu verleihen.

Auf eine Anfrage des Oberbürgermeisters Zweigert (Offen) bemerkt Geh. Rath Eichholtz, daß prinzipiell die Justizverwaltung Verth darauf lege, die Aufsicht widerruflich zu übertragen, wenn auch von diesem Recht kein erheblicher Gebrauch gemacht worden wäre.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Voie wird abgelehnt, der Kommissionsvorschlag angenommen.

Schluß 2 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Wahl des ersten Vizepräsidenten; kleinere Vorlagen.)

Parlamentarisches.

Der Bundesrath ertheilt in der am 22. d. M. unter dem Vorbehalt des künftlich bairischen Gesandten, Grafen von Lerchenfeld-Köferling, abgehaltenen Plenarsitzung dem Antrag Sachsens, betreffend die Einziehung und den Anruf der Noten der Chemnitzer Stadtbank, dem Entwurf einer Verordnung wegen Abänderung der Verordnung über Gewährung von Tagelohnen u. s. w. an die Beamten der Militär- und Marineverwaltung, dem Antrage Preussens, betreffend die Behandlung von Naturalisations-Gesuchen, dem Entwurf einer Verordnung wegen des Verbots von Maschinen zur Herstellung künstlicher Kaffeebohnen, endlich den Gesetzentwürfen für Elßaß-Lothringen über die Fischerei, Wasserbenutzung und Wasserschiffahrt und die Kosten in Grundbuchsachen die Zustimmung. Ferner wurde der zu Wien am 2. Dezember vorigen Jahres unterzeichnete Vertrag zwischen dem Reich und Oesterreich-Ungarn über den Anschluß der österreichischen Gemeinde Mittelberg an das deutsche Zollgebiet genehmigt. Mit dem Beitritt Belgiens, Serbiens und Griechenlands zu den auf der Berner Konferenz vom 15. Mai 1888 zwischen dem Deutschen Reich, Frankreich, Italien, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz getroffenen Vereinbarungen über die zollfreie Einrichtung der Eisenbahnwagen im internationalen Verkehr erklärte sich die Versammlung einverstanden. Einer Eingabe wegen Zollbefreiung des zum Schälen und Poliren untauglichen Reis und einer Eingabe wegen Rückerstattung von Reichs-Stempelgaben beschloß dieselbe eine Folge nicht zu geben. Von der vorgelegten Nachweisung der den einzelnen Bundesstaaten bis Ende Dezember 1890 überreichten Beträge von Reichs-Silber-, Nickel- und Kupfermünzen nahm der Bundesrath Kenntniß.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

„Gazeta Robotnicza“. Soeben erschien Nr. 4 dieses Blattes. Dasselbe enthält zwei Beilagen: „Glend!“ und „Das beste Mittel gegen die soziale Noth“, ferner einen Aufruf zur Beschickung des Schlesisch-Polener Parteitagess der Sozialdemokratie. Die Rubrik „Wie geht es den Arbeitern?“ enthält Notizen aus Posen. Die Rubrik „Politische Uebersicht“ enthält den Bericht über den Ausschluß der Sozialdemokraten aus polnischen Vereinen in Berlin. Briefkasten und Inserate. Das Feuilleton enthält „Einen Brief an den Redakteur“. Bei der Verfolgung, welcher unser polnisches Parteiorgan ausgesetzt ist, ist es Pflicht jedes Genossen, für dieses Blatt eifrig zu agitiren.

Konstanz, 21. Januar. In der heutigen Schwurgerichtsverhandlung wurden wegen Mordverurtheilung: Schröder zu 10 Monaten Gefängnis, Gesser zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus, Armbruster zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus, Hausmann zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus, Schmidt zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus, Schönberg zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus, Trude wurde freigesprochen.

Kommunales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Das öffentliche Anschlagswesen ist durch Vertrag der Firma Raud und Hartmann gegen einen Pachtzins von jährlich 50 000 M. zur Ausbuhung von der Stadt überlassen. Der Vertrag lief mit dem 1. Juli 1890 ab. Daraufhin bot Raud und Hartmann selbst statt 50 000 M. 100 000 M. Pacht. Der Firma, die ihren Unternehmergewinn selbst höher als der Magistrat und die Majorität der Stadtverordneten-Versammlung veranschlagte, wollte Magistrat und Stadtverordneten-Majorität freudig zustimmen. Aber die hohen Sozialdemokraten vertraten so energisch die Ansicht, daß die Stadt das Anschlagswesen auf eigene Rechnung zu übernehmen und bessere Löhne zu zahlen habe, eventuell aber eine allgemeine Ausschreibung veranlaßt werden müsse, daß die Versammlung mit geringer Majorität Kommissionsberatung beschloß. Bei der Berathung sahen um auch die Mitglieder der Majorität der Versammlung ein, daß wenigstens ein öffentliches Ausschreiben veranstaltet werden müsse. Die Angelegenheit trat dann in die verschiedenartigsten Phasen der Berathung. Aus den Kommissionsberathungen entfernte zwar die liberale Majorität der Stadtväter schleunigst die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion. Die Sozialdemokraten legten fortgesetzt ihren Standpunkt im Plenum dar. Die Majorität nahm zwar ihre bekannte unparlamentarische Haltung den Sozialdemokraten gegenüber — die Wöffe gleicht während der Bärenzeit der unruhigen Haltung der Majorität der Stadtverordneten gegenüber einem Kirchhof — im Plenum ein, gelangte aber schließlich wenigstens zu der Einsicht, daß mindestens 200 000 Mark Pacht verlangt werden können und müssen. Die Stadtverordneten Voglherz und Singer konnten deshalb heute der Majorität wegen ihres beginnenden Verständnisses ein gutes Zeugnis ausstellen und sie ausmuntern, allmählich bis zu der Einsicht vorzubringen, daß Berlin auf diesem Gebiete zu einem Stücken gesunden Kommunalsozialismus kommen muß. 200 000 M. Minimalpacht und allgemeines Ausschreiben wurden hierauf beschlossen.

Die Petition der Arbeitslosen, die um Befreiung einer größeren Anzahl Arbeiter bei der Straßenreinigung, unverzügliche Janggriffnahme der städtischen Bauten, sobald es die Witterung gestattet, und Verabreichung warmer Speisen an die Kinder in den Volksschulen bitten, veranlaßte einen eigenthümlichen Versuch der Herren Stadtverordneten, ehemaligen Regierungsrath Kapf, Senke und Justizrath Frenzel und Kammler die Geschäftsordnung dahin zu interpretiren, daß der Gegenstand nicht zur Berathung gelangen kann — weil die arbeitslosen Petenten nicht zunächst den Magistrat angegangen hätten! Mener I beantragte sofortige Berichterstattung. Wiederum Justizrath Frenzel, um Namens der Geschäftsordnung zu protestiren. Singer, Friedmann und Meger II legten die Unpartheit der Anschauung dar, daß bis zur Beschlußfassung über einen Nothstand Lage vergehen müßten. Um die Herren Senke, Voglherz, die Nothstandsbeschlüsse nicht für dringlich hielten, beantragte die sozialdemokratische Fraktion namentliche Abstimmung. Mit 72 gegen 36 Stimmen — 2 (Birchom und Schwalbe) entbielten sich der Abstimmung — wurde darauf beschlossen, sofort in die Berathung einzutreten. Reichnow berichtete über die Petition, die

Berein d. Parquetbodenleger Berlins.

Versammlung

am Montag, den 26. Januar, Abends 8 Uhr, bei Weigt, Marggrafstrasse 87.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Den Freunden und Genossen zur Nachricht, daß unser diesjähriger **Maskenball** am **Sonnabend, den 7. Februar, in den „Bürger-Sälen“, Dresdenerstrasse 96**, stattfindet. — Bilets à 75 Pf. sind vorher zu haben bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern und beim Vergnügungs-Komitee.
 Um zahlreichen Besuch ersucht
 Der Vorstand.

Arbeiter-Jüngerbund

Berlins und Umgegend.

Die **Abendstunden** sämtlicher zum Bunde gehörender Vereine am **Sonntag, den 25. d. M., Vormittags 10 Uhr**, findet Umstände halber nicht in der **Brauerei Friedrichshain** (früher **Vips**), sondern bei **Joël** (früher **Keller**), **Andreasstrasse 21**, statt. Um pünktliches Erscheinen und Mitbringen der Noten bittet
 Der Vorstand.
 Mitglieder, welche noch nicht im Besitz von Noten sind, mögen sich an den **Kassierer A. Kaiser**, **Ackerstrasse 34, Hof 3 Tr.**, wenden.

Verband der Bergolder, Goldleihen-Arbeiter u. Berufsgenossen.

Erstes Stiftungsfest,

verbunden mit Vorstellung und Ball,

am Sonntag, den 25. Januar,

in „Joël's Gesellschaftssälen“, Andreasstrasse 21.

Festrede, gehalten vom Kollegen **Ewald-Brandenburg**.
 Alle Freunde und Gönner des Verbandes sind herzlich eingeladen. — Bilets à 50 Pf. für Herren inkl. Tanz, Damen 30 Pf., sind bei **W. Sprenger**, **Friedrichsbergerstr. 30, 4 Tr.**; **M. Jung**, **Dragonerstr. 24, Hof 1 Tr.**; **K. Rolke**, **Häckerdorferstr. 23, 4 Tr.**, und in den Zahlstellen zu haben.
 Das Komitee.

Fachverein der Metallbleifer und verwandten Berufsgenossen

General-Versammlung

am Montag, den 26. Januar 1891, Abends 8 Uhr,

im Lokale von **Feuerstein**, **Alte Jakobstr. 75**.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Berichterstatter des Vorstandes sowie Abrechnung. 4. Neuwahl des Vorstandes. 5. Verschiedenes. 6. Fragelasten. — Mitgliedsbuch legitimiert. Kollegen, welche sich aufnehmen lassen wollen, haben Zutritt. Die Mitglieder werden auf § 6 des Statuts aufmerksam gemacht.
 Der Vorstand.

Bereinigung der Drechsler Deutschlands

(Ortsverwaltungen Berlins).

Sonntag, den 25. Januar, Vormittags 9 Uhr, Besichtigung der Genossenschafts-Hausfabrik, Pappel-Allee 3-4. Treffpunkt für den Osten und Südosten Morgens 7 1/2 Uhr Langestrasse 70 bei **Geindorf**; für den Norden 8 1/2 Uhr bei **Scholz**, **Kastanien-Allee 35**. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. Gleichzeitig bringe ich nochmals unsere Bibliothek in Erinnerung, und fordere die Kollegen um rege Beteiligung bei Entnahme der Bücher auf; die Ausgabe findet jeden Dienstag und Freitag Abends von 8-9 Uhr beim Kollegen **Trolle**, **Grüner Weg 19, v. 1 Tr.**, statt.
Carl Dost, **Stalitzerstr. 7**.

Arbeiter-Bildungs-Verein für Rixdorf und Umgegend.

Große öffentliche Versammlung

am Montag, den 26. Januar 1891, Abends 8 1/2 Uhr, im

Deutschen Wirthshaus (Barta), Bergstrasse No. 120.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über „Die Koch'sche Heilmethode“, Referent **Dr. Christoller**.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um recht zahlreichen Besuch ersucht
 Der Vorstand.

Große öffentliche Volksversammlung für Friedrichsberg und Umgeg.

am Sonntag, den 25. Januar ds. J., Vormittags 12 Uhr, im

Lokal des Herrn **Spitzig**, **Frankfurter Allee 193**.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Pirch** über „Kampf ums Dasein“. 2. Wahl einer Prüfungskommission. 3. Gründung eines Arbeiter-Bildungs-Vereins. — Die Genossen des Kreises **Ober-Barnim** und **Teltow-Beetzow-Storow** ladet hierdurch ein
 Der Vertrauensmann.

Achtung! Rixdorfer! Achtung!

Heute, Sonnabend:

Große öffentliche Versammlung

sämmtl. arbeitslosen Arbeiter u. Arbeiterinnen

zu Rixdorf

im Lokale des Herrn **Hoffmann**, **Bergstrasse 133**.

Tages-Ordnung: 1. Die wirtschaftliche Nothlage. Referent: **Stadtverordneter O. Klein** - Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Zellerksammlung findet nicht statt. Um rege Beteiligung ersucht
 Der Einberufer.

Charlottenburg. Große öffentliche Tischler-Versammlung

am Montag, den 26. Januar, Abends 8 Uhr, auf „Blumarckshöhe“.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Delegirten vom Tischler-Kongress. 2. Diskussion. 3. Abrechnung der zur Deckung der Unkosten der Delegirten ausgebrachten Gelder. 4. Verschiedenes. — Um zahlreichen Besuch bittet
 Der Einberufer.

Fachverein der Tischler (Weissensee). Versammlung

am Montag, den 26. Januar ds. J., Abends 8 1/2 Uhr, in

Klebs Lokal, Röhke- u. Charlottenburgerstr.-Ecke.

Tages-Ordnung:
 1. Die wirtschaftlichen Krisen und die Verkürzung der Arbeitszeit. Referent **Herr Apelt**. 2. Diskussion. 3. Werkstattangelegenheit, Vereinsangelegenheit, Verschiedenes.
 Um rege Beteiligung bittet
 Der Bevollmächtigte.

Achtung! Fachverein der Metallarbeiter

in Gas-, Wasser- und Dampf-Armaturen.

Sonntag Vormittags 10 bei **Jentner**, **Münzstrasse 11**:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **Sütgen** über Sozialismus und Materialismus. 2. Diskussion. 3. Ausgabe der Bilets zu dem am 7. März in **Buß-Balsalon**, **Große Frankfurterstrasse 87**, stattfindenden **Maskenball**. 4. Verschiedenes und Fragelasten.
 Gäste willkommen. Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Gesang-Verein „Lorbeerkrantz“

(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes).

Sonnabend, den 24. Januar 1891, Abends 8 1/2 Uhr,

Grosser Wiener Masken-Ball

im „Elyäum“, **Sandberger Allee 39-41**.

Freunde und Gönner ladet hierzu ergebenst ein

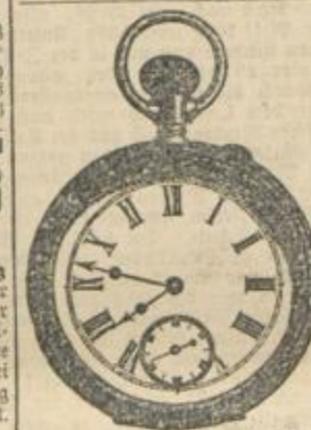
159 Bilets sind in den mit Plakaten belegten Handlungen und bei **G. Lebenow**, **Oberbergerstr. 15, v. 2 Tr.**; **H. Säuber**, **Häckerstr. 5, Hof part.**; **G. Rühlke**, **Petritzstr. 89, vorn part.**; **F. Guppke**, **Gr. Frankfurterstr. 83, Hof 2 Tr.**; **K. Otto**, **Mariannen-Ufer 2, Hof 2 Tr.**, zu haben.
 Der Vorstand.

Die Neue Zeit.

Revue des geistigen und öffentlichen Lebens.

Heft 17.

Inhalt: Zur Frage des ehernen Lohngesetzes. V. **Don Eduard Bernheim**. — Die Kaufmannsbewegung in Deutschland. — Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. II. **Von F. A. Sorge**. — Literarische Rundschau. — Notizen. — Feuilleton: **Idyller unserer Zeit**. Roman aus dem modernen Gesellschaftsleben von **F. v. Ota**. (Fortsetzung.)
 Pro Quartal (18 Hefte) 2,50 M., pro Heft 20 Pf.
 Zu beziehen durch die Expedition, **Beuthstrasse Nr. 3**.



G. Scharnow's Uhren-Fabrik

Älteste und anerkannt leistungsfähigste

Uhren-Fabrik

En gros **Berlin S.**, Export

Oranienstr. 152, Ecke **Norichplatz**,

besteht seit 1860. Anerk. beste Waarenquelle.

Ridel-Remontoir-Uhren von 10-15 M.

Silberne Remontoir-Uhren v. 17 M. an

Goldene Damen-Uhren . . . v. 20 M. an

do. Anker-Herren-Remontoir-Uhren . . . v. 50 M. an

Regulateure . . . v. 8 M. an

do. in polirtem Nussbaum-Gehäuse, ca. 1 Mtr.

lang, 14 Tage gehend . . . v. 14 M. an

Wieder-Uhren in verschied. Mustern . . . v. 3,50 M. an

Bitte genau auf die alte Firma: **Oranienstrasse 152** zu achten.

Berliner Brauerei-Gesellschaft Tivoli.

May's Festsäle,

Beuthstr. 18-21.

Grosse, mittlere und kleine Säle

für Hochzeiten, Festlichkeiten und Versammlungen. Vereinszimmer.

Billiger Mittagstisch.

Franz Norbert.

Reparaturen nach Uebernahme.

Guldbre-Uhren reinigen 1,50 M.

71 L

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt,

Berlin SW., Beuthstrasse 3.

Im Verlage von **J. S. W. Dieck** in Stuttgart erscheint

nächster Tage und ist von unserer Expedition zu beziehen:

Die Frau und der Sozialismus.

Von **August Bebel**.

Neunte gänzlich umgearbeitete Auflage

von des Verfassers

„Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.“

Preis broschirt 2 M., gebunden 2,50 M.

Der beispiellose Erfolg, den der Verfasser mit den früheren Auflagen seines Werkes erzielte, obgleich dasselbe, durch das Sozialistengesetz verboten, den großen Volkskreisen nur schwer zugänglich war, ist dieser neuen Auflage, nachdem dies Hindernis gefallen, in erhöhtem Maße sicher. Alle Gesellschaftsklassen bringen dem Buche das lebendigste Interesse entgegen und so sei dasselbe zunächst den Parteigenossen zur weitesten Verbreitung empfohlen.

Vorausbestellungen werden sofort nach Eintreffen portofrei ausgeführt.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Weltgesch., Bücher, Bibliotheken

Brehm, Lexica, Bibliotheken

caust **A. Hannemann**, **Rochstr. 56**.

Telephon-Nr. 1, 4027.

E. Storost.-Presse u. r. galv.

Badf. d. z. v. Nöh. i. d. Grp. d. Bl. 63L

Joh. Schläpfl., **Mittenwalderstr. 2a 1 Tr. r.**

111

71 L

Unserem Lieben Pistolen-Sepp!

Josef Hilger zu seinem Geburtst-

tage die besten Glückwünsche. Der

sieht aber! **Heraus! Heraus! Heraus!**

Friz Kollegen.

Unserem Freunde und Genossen

Julius Zopf zu seinem heutigen

Wienenseite ein dreimaliges **donnerndes**

Doch! „Nur recht ruhig.“ 173

Die Stammgäste von **H. Eimede**.

Achtung, Kürschner.

Am Mittwoch, den 23. d. M. ver-

starb unser Kollege und Mitglied des

Verbandes deutscher Kürschner

Edmund Rother

im Krankenhause **Noabit**. — Die Be-

erdigung wird in der **Sonntagsnummer**

bekannt gemacht.

159 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten zeige

ich hierdurch an, daß mein Mann

E. Tews 176 J

am 21. d. M. verstorben ist. Die Be-

erdigung findet am Sonntag, den 24

d. M., Nachm. 2 Uhr, von der Leichen-

halle der **Sophien-Gemeinde** aus statt.

Frau Tews, **Hochmeisterstrasse 17**.

Rohrleger! Helfer! Versammlung

am Sonntag, den 25. Januar, Vor-

mittags 10 Uhr, bei **Feuerstein**,

Alte Jakobstr. 75.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über Arbeiterschutz.

2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer

Mitglieder. 4. Verschiedenes u. Fragen.

120

Unterstützungsverein der Kürschner- und Pinselmacher Deutschlands

(Bilale Berlin).

Sonntag, den 25. Januar, Vormittags

pünktlich 10 1/2 Uhr, **Bergstrasse Nr. 12**:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Entrichtung der Beiträge und

Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Kas-

senbericht des **Filialkassiers**. 3. Neuwahl

des **Filialkassiers**. 4. Wahl der **Re-**

visoren. 5. Bericht der **Kommission** im

Betreff des **Arbeits-Nachweises** resp.

Gründung desselben. 6. Wann be-

ginnen wir in Zukunft mit unserer

Versammlung? 7. Verschiedenes.

NB.: Die Mitglieder werden drin-

gend ersucht, zahlreich und pünktlich zu

erscheinen. **Der Filial-Vorstand.**

J. Austr.: Robert Michaelis, **Bevoll-**

mächtigter. 120

Polirte Rohrstäbtle

kauf man 50 bis 100 pSt. billiger als

erster Hand, als in den Möbelgeschäften

am Plage. Ich offerire:

Einfache Rohrstäbtle a Stück 3.-M.

Bessere Sorten . . . 3 1/2 "

Runde Wiener Stäbtle . . . 4 1/2 "

Geflechte . . . 5.- "

W. Rohr-Lehnhäbtle . . . 6.- "

Zafelstäbtle . . . 7.- "

Sämmtliche Stäbtle sind solid und

dauerhaft gearbeitet. Versandt nur

gegen Nachnahme. Verpackung wird

nicht berechnet. Illustrierte Preis-

zeichnisse franko. 13 J

Reinhard Rossleben,

Poliermeister,

Gilmsdorf bei Beringwalde i. G.

13 J

Jede Uhr

zu repariren und zu reinigen

(außer Bruch) liefert bei mir

unter Garantie des Gutgehens

1,50 Mark.

Lager aller Arten Uhren und Gold-

waren zu den billigsten Preisen. 1756

Gust. Blenk, **Rosenthalerstr. 10**.

(a. d. Auguststr.).

18 J

Ich erlaube mir ganz ergebenst, an-

zugeben, daß ich von **Friedrichshagen**

nach **Berlin Köthenerstr. 59** ein

Geschäft eröffnet habe, und bitte alle

Bekannten und Freunde, mich recht

oft besuchen zu wollen, auch ist ein

Verrinszimmer einige Tage in der

Woche noch frei. **Ergebenst** 169 J

Emil May.

169 J

Marken z. quittiren von

Partei-

Beiträgen 61 L

empfehlen Genossen die

Quittungsmarken und

Kautschuk-Stempelfabrik

von **Conrad Möllers**,

Schkeuditz-Leipzig.

Preisliste gratis und franko.

Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Rath in Prozessen,

Eingebung von Forderungen. 24, 11

Pollak, **Lehrerstr. 24, 11**.

Auch Sonn- u. Feiertage geöffnet.

Dr. Hoesch, **homöopath. Arzt**

Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Versammlungen.

Freie Volksbühne. Laut Bericht des Kassiers in der außerordentlichen Generalversammlung zählt der Verein „Freie Volksbühne“ jetzt zweitausend Mitglieder. Trotz der kurzen Zeit seines Wirkens ist es also dem Verein gelungen, eine beträchtliche Mitgliederzahl zu erwerben, ein lebhafter Beweis des Bildungstriebes, der dem Berliner Arbeiter innewohnt. Um die Zahl der Mitglieder noch zu vermehren, um auch die 11. Abteilung vollständig zu füllen, beschloß die Generalversammlung das Einschreibegeld auf den Betrag von 50 Pf. zu ermäßigen. In den letzten drei Monaten gelangt zunächst zur Aufführung „Kabale und Liebe“, ein bürgerliches Trauerspiel von Schiller; eine Reihe erster künstlerischer Kräfte haben ihre Mitwirkung zugesagt. Sodann findet eine Vorstellung „Die Ehre“ von Sudermann, im Festspieltheater statt und schließlich wird das in Deutschland noch unbekante Drama des russischen Dichters Gogol, „Der Eigensinn“, gegeben werden. Am Freitag, den 21. Januar d. J., Abends 8 1/2 Uhr, findet in Saale des Herrn Joel, Andreasstr. 21, eine öffentliche Versammlung für Damen und Herren statt, in der Herr Dr. Otto Brahm einen Vortrag über „Kabale und Liebe“ halten wird. In dieser Versammlung werden Beitrittserklärungen angenommen. Am Sonntag, den 23. Januar, findet im Spiel-Theater um 7 1/2 Uhr die Aufführung von „Kabale und Liebe“ statt für die erste Abteilung (rote Karten); am Sonntag, den 1. Februar die Wiederholung für die zweite Abteilung (grüne Karten). Die Zahlstellen des Vereins sind:

- Albert Auerbach, Schuhwaarengeschäft, Kottbuser Damm 7.
- Gottfried Schulz, Zigarrenhandlung, Admiralsstr. 40a.
- Ernst Arndt, Zigarrenhandlung, Falkenstr. 107.
- Wilhelm Bräuer, Zigarrenfabrik, Ritterstr. 108.
- Adolf Vange, Restaurateur, Fähringerstr. 22.
- Otto Antrid, Zigarrenfabrik, Steinmehstr. 60.
- Fritz Weber, Restaurateur, Frobenstr. 35.
- Fritz Bock, Zigarrenhandlung, Birkenstr. 59 (Moabit).
- August Hinge, Zigarrenhandlung, Pantstr. 14a.
- Albert Tiele, Zigarrenhandlung, Jussufstr. 124.
- Witold Hasencleper, Zigarrenhandlung, Brunnenstr. 122.
- Karl Lehmann, Zigarrenhandlung, Brunnenstr. 88.
- Adolph Rehr, Hutzubehälter, Köpnickstr. 126.
- Hermann Grasshold, Materialwaaren-Geschäft, Pallisadenstraße 59.
- Franz Riemeyer, Zigarrenhandlung, Webersstr. 19.
- Conrad Engel, Buchbinderei, Chorinerstr. 9.
- R. Waginski, Buchhandlung, Dresdenerstr. 52/52 (Passage).
- Herrn Ochs, Lindenstr. 59.
- D. Mehnert, Zigarrenhandlung, Tiedenhofenerstr. 7.
- G. Vogtherr, Eisenwaaren-Geschäft, Landsbergerstr. 64.

Eine öffentliche Tischlerversammlung

fand am Dienstag Abend statt, um den Bericht der Delegierten vom deutschen Tischlerkongress in Hannover entgegen zu nehmen. Vorsitzender war Julius Apelt. Das einleitende Referat hielt Koblenzer. Er gab ein Bild von den Arbeiten des Kongresses, wie es in unserem Berichte über den Kongress im Großen und Ganzen geschildert ist. Was die Streitfrage anbetrifft, so hob der Referent unter Anderem hervor, man habe den Berliner Vorwärts gemacht, daß sie in ihren Forderungen zu weit gegangen hätten. Man habe dabei den Standpunkt vertreten, daß die Kollegen, die noch immer, besonders in den östlichen Provinzen, 13 bis 14 Stunden arbeiten müßten, erst anzulassen seien, und erst dann könne man, wenn die gesamten Verhältnisse günstiger liegen würden, mit einer Forderung auf achtstündige Arbeitszeit hervortreten. Die Verhandlungen hätten ergeben, daß in Ost- und Westpreußen und besonders in Posen von Morgens 5 bis Abends 9 Uhr gearbeitet würde, daß aber deshalb der Wochenlohn doch nur 7 bis höchstens 12 M. betrage. Allseitig sei anerkannt worden, daß dort die Organisation erst in das Stadium verfeht werden müsse, welches notwendig sei, um eine Durchsetzung der aufgestellten Forderungen zu erzielen.

Glode erklärt, er sei für straffe Organisation. Im Uebrigen überlasse auch er die Form den Verhältnissen, trotzdem er im Prinzip für die Zentralisation sei; zu diesem Zweck bitte er, Vertrauensmänner zu wählen.

Karger bemerkt, die Parquetbodenleger würden ihre Organisation zu Gunsten der Zentralisation auslösen.

Wiedemann bespricht einzelne Vorgänge des Kongresses; er sei für eine drilliche Zentralisation aller Branchen.

Meyer (Klavierarbeiter) befragt über die Lokalorganisation; diese sei die Vorstufe zur politischen.

Die Anstehen der noch folgenden Redner Eisner, Klehn, Bogasch, Willner, Schmitz und Robert Schmidt sind getheilt; die einen sprechen für Zentralisation, die anderen für Lokalorganisation. Das Ergebnis der Diskussion ist die Annahme folgender zwei Resolutionen:

„Die heutige Versammlung erkennt an, daß bei event. Angriffsstreiks, welche von den deutschen Kollegen unternommen werden, in erster Linie diejenigen unterstützt werden, die eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 11 und 10 Stunden anstreben; gleichzeitig ist aber die heutige Versammlung der Ansicht, daß in denjenigen Städten, in welchen der technische Fortschritt des Maschinenbetriebes in unserem Gewerbe unbedingt eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 8 Stunden bedingt, das Vorgehen der Kollegen nach den örtlichen und Organisationsverhältnissen, sowie der jeweiligen Geschäftslage benutzet werden muß.“

Die zweite Resolution (gegen eine kleine Minorität angenommen) lautet:

„In Erwägung, daß die heutige produktivistische Produktionsweise das Kapital in immer weniger Hände anhäuft und somit die wirtschaftliche Machtstellung dieser Wenigen in ungeheurem Maße vergrößert, gegenüber denen der einzelne Arbeiter sowohl als auch kleinere und Branchenorganisationen nicht in der Lage sind, die Existenzbedingungen ihrer Mitglieder auf eine menschenwürdige Höhe zu bringen, ist die Versammlung der Meinung, daß die zentrale Organisation der Gewerkschaften über ganz Deutschland notwendig ist. In Anbetracht aber, daß durch die verschiedenartigen reaktionären Auslegungen der vereinsgesetzlichen Bestimmungen die im Augenblick bestehenden Zentralorganisationen immer und immer wieder besondern Angriffen seitens der Behörden ausgesetzt sind, giebt die heutige Versammlung ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß wohl überall, wo angängig, die Zentralorganisation über ganz Deutschland angestrebt werden muß, jedoch in Städten, die ganz besonders unter Zwang ausgesetzt werden soll, sondern daß in denselben lokale Lokalorganisationen mit Hinzuziehung aller Branchen des Gewerks zu gründen sind.“

Die Erörterungen dehnten die Zeit so in die Länge, daß man beschloß, die nach vorzunehmende Wahl der Vertrauensmänner sowie die Berichterstattung der Delegierten der Berliner Streit-Kontrollkommission in einer nächsten Versammlung zu erledigen. Die Wahl der Revisoren für die Streitkommission wird

jedoch noch vollzogen und nachdem aus derselben die Herren Daberland, Stenz und Hesp hervorgingen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Bildhauer! Am Sonntag, den 18. Januar, Abends 7 1/2 Uhr, fand eine öffentliche Versammlung der Bildhauer mit ihren Angehörigen unter Vorsitz des Kollegen Marten statt, welche von circa 350 Personen besucht war. Herr Lürki hielt einen Vortrag über „Frauenbefreiung“. In denselben Sinn sprachen in der Diskussions die Kollegen Seidel, Schmiedel und Dupont. Schmiedel kritisierte die bisherige Fokussierung der Frauen, und forderte sie auf, ebenfalls die Arbeiterblätter oder Werke wie „Vebel's Frau“ zu lesen. Kollege Dupont beleuchtete den Nothstand der evangelischen „Kirchenangehörigen“ betreffs der Sonntagsversammlungen der Arbeiter und ihrer Angehörigen und äußerte sich über die Schwierigkeiten, mit welcher die Arbeiter infolge ihrer wirtschaftlichen Nothlage selbst in ihren Familien zu kämpfen haben, wenn es heißt, die Angehörigen geistig frei zu machen. Trotzdem müsse man nicht verzagen, sondern unverzagt weiter dahingehend wirken für die Ziele des Proletariats. Einstimmig gelangt folgende Resolution zur Annahme:

Die heutige öffentliche Bildhauer-Versammlung mit ihren Angehörigen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich die Anwesenden, für möglichst Verbreitung der zum Ausdruck gekommenen Ideen Sorge zu tragen.

Im dritten Punkt, Verschiedenes, forderte Kollege Meyer die Anwesenden auf, für gewissenhafte Ausfüllung der statistischen Bogen zur Feststellung der Verhältnisse in unserem Gewerbe, die in diesen Tagen zirkuliren, zu sorgen. Die Kollegen Winkler und Dürmann ermahnen die anwesenden Frauen, von der Arbeiterbildungsschule Kenntnis zu nehmen, damit dieses Unternehmen eine jährliche Unterfertigung nicht nur von den Männern, sondern auch von den Frauen finde. In seinem Schlusswort legt Herr Lürki den Anwesenden ans Herz, auch dem Verein „Freie Volksbühne“ bei dem jetzt ermäßigten Eintrittsgeld (50 Pf.) möglichst zahlreich beizutreten. Einige Stunden blieben die Anwesenden noch zu einem gemüthlichen Trinken beisammen, bei welchem launige und ernste Vorträge abwechselten.

Eine öffentliche Maurerversammlung fand am Dienstag, den 19. d. M., unter Vorsitz des Kollegen Freidank statt. Kollege Bernau sprach über das Thema: Welche Form der Organisation ist für uns die beste, die zentrale oder lokale? Er kam in seinen Ausführungen zu folgendem Schluß: In der Gewerkschaftsbewegung mache sich jetzt eine Strömung für die Zentralorganisation bemerkbar. Da wir im Prinzip alle für Zentralorganisation sind, müßten wir zu der Frage Stellung nehmen, ob im Gewerbe der Maurer die Zentralisation angebracht sei. Redner war der Meinung, es sei nicht rathsam Politik, welche in der Zentralorganisation gemieden werden muß, die schärfste Waffe des Proletariats, aus der Hand zu geben. Die Kollegenschaft würde, wenn nur rein gewerkschaftliche Thematia besprochen würden, erwidern, da die Bürge der Politik fehlen würde. Auch würde der Behörde Gelegenheit gegeben sein, mit einem Schloge die gefamnte Bewegung zu vernichten. In dieser Frage habe er (Redner) das Urtheil eines achtungswerthen Genossen erbeten. Derselbe meinte: Am die Form der Organisation zu streiten ist fändlich, da beiden Formen das eine Prinzip zu Grunde liegt. Trotzdem empfiehlt Redner die Lokalorganisation als die beste für Berlin. Diesen Ausführungen schlossen sich die Kollegen Grothmann und Scheel an. — Die Kollegen Wacziarg, Säber Schmidt und Heize waren jedoch anderer Ansicht; das Urtheil des Genossen betrefe die Form der Organisation erklärten sie vollständig an. Jedoch sei die Möglichkeit vorhanden, daß der nächste deutsche Maurerkongress Zentralorganisation beschließt. So ist es wohl angebracht, darüber Klarheit zu verschaffen. Alles sei zu vermeiden, was die Maurer zur Uneinigkeit oder zur Spaltung führen könnte. Eine Spaltung wird eintreten, wenn Berlin sich isolirt und den Kongressbeschlüssen in diesem Jahre nicht voll und ganz Rechnung trägt. In Berlin selbst wird dann bei den Maurern derselbe Fall eintreten, wie bei den Berliner Zimmerern. Außerdem habe die Zentralorganisation vieles Gute für sich. Trotzdem wie hier hochwissenschaftliche Politik treiben, laborirt unsere Organisation doch. Man möge der Masse erst etwas Greifbares bieten. Auch sei zu beachten, daß dort, wo unsere Brüder nicht im Stande sind, sich Organisationen selbständig zu bilden, es einer Zentral-Organisation ein leichtes ist, Fuß zu fassen. Im Uebrigen drängen um alle Erfahrungen, welche wir durch die vielen Prozesse empfangen haben, zur Zentral-Organisation. Im Schlusswort führt Kollege Bernau an, alles Experimentiren an der Arbeiterbewegung sei stets von schlechtem Erfolge begleitet gewesen. Es sei nicht dazu da, daß an ihr Versuche angestellt würden. Die Berliner Maurer würden nicht gegen das demokratische Prinzip verstoßen, wenn sie an der Lokal-Organisation festhalten. Von jeglichem Beschluß wurde abgesehen. — Im Beschlusse wurde folgender Antrag angenommen: Die Dreimänner-Kommission wird beauftragt, in der Frage, betreffs der Frage der Organisation, keine Versammlung mehr einzuberufen, bis die Vorlage der Tagesordnung zum Kongress vorliegt. Eine scharfe Debatte erregte die Mittheilung einer beleidigenden Kuempfung des Töpfer Herrn Kemnitz über die Kollegen Reitan und Niesler. Die beiden Kollegen werden diesen Herrn vor die Thür setzen des Gerichts fordern, wo derselbe seine Angaben beweisen, oder im andern Falle bestraft werden soll. Es wurde für geeignet erachtet, eine Kommission von 15 Kollegen zu wählen, welche die Streitigkeiten unter den Führern der Maurer Berlins klären und etwaige unklare Elemente beseitigen soll. Der Antrag wurde jedoch in Anbetracht der so schwach besuchten Versammlung bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Der Verband der Abbelpolirer Berlins und Umgegend hielt am Montag, den 19. Januar, seine erste diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Abgehalten wurden im verflossenen Jahre 26 Versammlungen, darunter 4 Generalversammlungen, 12 ordentliche Mitgliederversammlungen und 10 außerordentliche, 1 wurde polizeilich aufgelöst; in diesen Versammlungen wurden theils gewerkschaftliche, theils wissenschaftliche Vorträge gehalten. Außerdem fanden 2 Versammlungen mit Damen statt, in denen ein medizinisch-wissenschaftlicher und ein sozialpolitischer Vortrag gehalten wurde. An zahlenden Mitgliedern hatte der Verband am 1. Januar 1890 209 und am 31. Dezember 314. Während der Streikbewegung zählte der Verband allerdings 481 Mitglieder; ein großer Theil hatte sich jedoch nur deshalb angeschlossen, um eventuell der Unterstützung nicht verlustig zu gehen. Die jetzige Mitgliederzahl ist eine konstante und bildet den Stamm des Verbandes. Daraus erstattete der Kassier den Jahreskassenbericht: An Beiträgen und Einschreibegeldern wurden vereinnahmt: 804,75 M., hierzu der Bestand von 219,72 M., mithin eine Gesamteinnahme von 1024,47 M. Der Generalfonds hatte eine Einnahme von 321,88 M. und einen Bestand von 71,36 M., mithin zusammen 393,24 M. Die Gesamteinnahme des Verbandes betrug somit 1417,71 M. gegen 982,02 M. im Vorjahre. Die Ausgaben beider gesondert verwalteten Kassen betragen insgesamt 1271,26 M., demnach bleibt ein Bestand am 31. Dezember 1890 von 146,45 M. Aus dem Darlehnsfonds wurden aus-

geben 254 M., bleibt ein Bestand von 655 M. Da die Revisoren Alles in Nichtigkeit gefunden hatten, wurde dem Kassierverwaltern Wendi, Frohmann und Webe Decharge ertheilt. Nachdem noch Kollege Franke den Bericht des Arbeitsnachweises erstattet hatte, wurde zur Wahl der Vergütungskommission geschritten. Gewählt wurden in dieselbe die Kollegen Wäber, Bud, Robert Müller, Bausen und Hennig. Unter Vorbehaltenein weiß Kollege Franke auf den Beschluß der Versammlung vom 8. Dezember hin, unsere arbeitslosen Kollegen zu unterstützen. Dieser Beschluß habe aber nicht das erwartete Resultat gehabt. Es sind im Ganzen nur 63 M. eingelommen, hierzu aus dem Generalfonds 17 M. Der Fachkommission stehen also nur 80 M. zur Verfügung, die aber bei der großen Zahl Arbeitsloser gar nicht erst in Betracht kommen. Redner wünscht mit dem Auszahlen der Unterstühtungen bis Sonntag warten zu können, weil am Sonnabend noch Gelder aus den Zahlstellen eingehen werden, und fragt weiter, welche Kollegen zu unterstützen sind, ob hier nur die Mitglieder, die die statutenmäßigen Rechte erlangt, oder auch solche, die gar nicht oder nur kurze Zeit Mitglied geworden sind, zu unterstützen seien. Hierbei entspinnt sich eine längere Debatte, welche durch Annahme eines Antrages des Kollegen Schöneke erledigt wurde; derselbe beantragte, alle diejenigen, die am 8. Dezember Mitglied des Verbandes waren, als der Beschluß gefaßt wurde, und jetzt arbeitslos sind, zu unterstützen und die Regelung der Fachkommission zu überlassen. Des Weiteren wurde noch über den Streikfussler, Kollegen Lindner, gesprochen. Derselbe hat, nachdem die Streit-Abrechnung schon längst erfolgt ist, doch noch nicht alles Material an die Fachkommission abgeliefert und soll angefordert werden, dieses unverzüglich im Beisein der Revisoren zu thun. Weiter kam noch eine Beschwerde über die Fabrik von Müller, Schönhauser Allee, zur Sprache. Dasselbe war nach dem Streik die 11stündige Arbeitszeit und 27 M. Lohn bewilligt worden. Diese Ordnung wurde jedoch bei Beginn dieses Jahres abgeschafft, die Arbeitszeit auf die 10stündige Arbeitszeit wieder eingeführt. Es hat sich aber nun durch diese Neueinführung der Lohn von 27 M. auf 22,50 M. bis höchstens 24 M. erniedrigt. Ein Beschluß wurde der ungünstigen Geschäftslage wegen nicht gefaßt. Zur geeigneten Zeit soll Abhilfe geschafft werden. Zum Schluß wurde dem Vorsitzenden, Kollegen Häse, in einer rechtsstreifische Rechenschaft gewährt. Die nächste Versammlung findet Montag, den 26. Januar, Abends 8 Uhr, bei Nürnberg, Schönhauser Allee 28, statt.

Die Gas-, Wasser- und Heizungs-Rohrleger und Gehilfen Berlins und Umgegend hielten am 20. d. Mts. unter Leitung des Herrn Skaley eine öffentliche Versammlung ab. Derselbe nahm in erster Linie den Bericht des Herrn Redner (Delegirten) über den Provinzial-Metallarbeiterkongress entgegen. Derselbe machte die Versammlung mit den haupthächlichsten Beschlüssen des Provinzial-Metallarbeiterkongresses, über welchen J. J. im „Berl. Volksblatt“ ein detaillirter Bericht gebracht worden ist, unter entsprechender Motivirung derselben bekannt und legte derselben die von dem Provinzial-Metallarbeiterkongress gefaßten Resolutionen zur Begutachtung vor. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit den gedachten Resolutionen einverstanden. Namens der Versammlung stützte der Vorsitzende den Delegirten für ihre Thätigkeit auf dem Metallarbeiterkongress Dank ab. Somit war der erste Punkt der Tagesordnung erledigt und die Versammlung trat in den zweiten Punkt der Tagesordnung ein, welcher lautete: „Die stellen sich die Rohrleger und Gehilfen in der im vorigen Jahre gewählten Streit-Kommission betreffs der Abrechnung.“ Zur allgemeinen Orientirung brachte Herr Albert Becker nochmals die Abrechnung der Kommission zur Verlesung, soweit diese hat fertig gestellt werden können, da noch nicht alle Sammellisten haben verrechnet werden können. Diese Abrechnung schloß mit einem Bestande von 209 M. ab. Dazu kamen nach dem 21. Oktober v. J. 490 M. als Einnahme, während 68,24 M. als Ausgabe in Abzug kamen, so daß ein Bestand v. J. von 101,66 M. verbleibt. Herr Karpenkel machte darauf aufmerksam, daß außer den noch ausstehenden Beträgen der Sammellisten auch verschiedene Miethvorschuße, welche von der Kommission geleistet worden sind, noch nicht zurückgezahlt worden seien. Durch alle diese Umstände sei die Kommission außer Stande, eine endgültige Abrechnung zu liefern, wie sie es sowohl den Rohrlegern, als auch den Gewerkschaften, welche dieselben im Streit unterstützt haben, schuldig sei. Die Tagesordnung sei mit Rücksicht so wie gefaßt worden, um eine Aussprache zu veranlassen und den geheimen Verdächtigungen der Kommission den Boden zu entziehen. Eine Aussprache über diese Angelegenheit fand denn auch statt und wurden auf Wunsch der Versammlung die 24 Kollegen, welche noch in Besitze von Sammellisten sich befinden, namhaft gemacht. Um endlich Schluß in dieser Angelegenheit zu erhalten, beantragte Herr Redner, eine Revisionskommission zu wählen, welche die Abrechnung der Kommission zu prüfen und das Resultat der Revision einer den nächsten öffentlichen Versammlung vorzulegen hat. Diefem Antrage stimmte die Versammlung zu und wählte in die Revisionskommission die Herren Gutsche, Vink und Skaley. Unter „Verschiedenes“ machte der Delegirte zur Berliner Streit-Kontrollkommission, Herr Karpenkel, Mittheilungen über diese und regelte die Versammlung die Plänenfrage für die Delegirten zum Provinzial-Metallarbeiterkongress durch Annahme des Antrages Beder, zu diesem Zwecke Sammellisten zirkuliren zu lassen, welche der Kompetenz der gewählten Revisionskommission unterstehen sollen. Nachdem noch sonstige gewerkschaftliche Angelegenheiten erörtert waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Mahnung an die Kollegenschaft, sich dem Fachverein anzuschließen und den gefaßten Kongressbeschlüssen entsprechend zu handeln.

In einer öffentlichen Schuhmacher-Versammlung, welche Montag Abend unter der Leitung des Herrn Riederer tagte, hielt an Stelle des am Erscheinen verhinderten Genossen Edwin Gerisch der Genosse Feldmann unter lebhaftem Beifall einen Vortrag über die Gewinnbetheiligung der Arbeiter, über den wir bei anderer Gelegenheit bereits berichtet haben.

An der dem Vortrag folgenden Diskussion beteiligte sich eine Reihe von Rednern. Unter ihnen bemerkt Went, die Gewinnbetheiligung der Arbeiter solle dem Kapitalisten ein Hilfsmittel zur weiteren Unterdrückung sein, nachdem man eingesehen habe, daß es mit dem Kampf mit „geistigen Waffen“ nichts sei. Klünger meint, daß man es der Kapitalistenklasse nicht verargen könne, wenn sie bestrebt sei, durch Ausgleichung der Massenangelegenheiten so lange, wie es irgend angehe, sich von der Arbeit Anderer ein Leben zu schaffen. Nur dürften sich die Arbeiter nicht verkennen lassen, ihr Verdienst würde sich auch unter der Gewinnbetheiligung nach dem Angebot und der Nachfrage richten und der Kapitalist würde ihnen nicht mehr bewilligen, als er nothgedrungen geben müsse. (Lebhafter Beifall.) In der weiteren Diskussion beteiligten sich Ködel, Menzel, Krause, Riederer, deren Ausführungen ebenfalls im Sinne des Referats waren.

Es gelangt hierauf folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige öffentliche Schuhmacher-Versammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden, erkennt, daß

von der heutigen Kapitalistengesellschaft der Arbeiter nichts zu erhoffen habe, und verpflichtet sich deshalb, mit aller Macht dafür zu wirken, daß sich jeder Kollege einer Organisation anschließen, welche dazu angethan ist, den Arbeiter über seine traurige Lage aufzuklären und ihn zu einem zielbewußten Kämpfer unfein gerecht machen. Unter 'Verschiedenen' weist Genosse Menzel darauf hin, daß die ausgeperrten Schuhmacher in Erfurt noch immer im Kampfe liegen. Sie hätten es zwar verucht zu unterhandeln, wären aber schmäde vom Progenthum abgewiesen worden. Mit Wollust weiden sich die Unternehmer in Erfurt an dem Elend der Arbeiter, obgleich sie erst vor wenigen Wochen, Weihnachten, von den Kanzeln herab predigen ließen, Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Es gilt einen Damm zu bilden, an dem sich das Progenthum seinen Schädel einrennen möge, deshalb müssen unsere Kollegen in Erfurt mit allen Kräften unterstützt werden in ihrem nützlichen Vorhange. Redner ersucht alle Anwesenden, überall Beiträge zu sammeln und beantragt, die Zellerfassung nach Schluß der Versammlung fortzusetzen und den Uebereschuß den nothleidenden Erfurtern zu übermitteln. (Lebhafte Beifall.)

Nachdem der Antrag von mehreren Seiten befürwortet war, wurde er einstimmig angenommen.

Versammlung der Maler, Töpfer und Stuckateure.

In einer stark besuchten, der Leitung des Herrn W. Schweiber unterstehenden öffentlichen Versammlung von Malern, Töpfern und Stuckateuren sprach Dienstag Abend der Regierungs-Baumeister Kessler über: Die ungesunden Arbeitsräume auf den Bauten und deren Abhilfe in unserem Gewerbe. Aus seinem mit großem Beifall aufgenommenen, längeren Vortrage nehmen wir als wesentlichste Punkte heraus:

In unserer heutigen Wirtschaftsweise ist der Kapitalprofit tonangebend, ohne jede Rücksichtnahme ordnet er Alles seinem Vorteil unter. Wir sehen, daß in vielen Gewerben unter ungesunden Verhältnissen gearbeitet wird, ja, wir treffen vielfach Einrichtungen an, welche geeignet sind, den Arbeiter geradezu hingumorden oder seine Gesundheit langsam zu untergraben, und das Alles nur, weil dem Kapitalisten ein kleiner Vortheil daraus erwächst, der eine Arbeit so etwa schneller herstellen zu können wähnt. Werden irgend einmal Sicherheitsvorschriften gemacht, so weiß der Kapitalist es so zu drehen und wenden, daß sie meistens nur auf dem Papier stehen. Besonders auf dem Bau wird mit der Gesundheit des Arbeiters ein schändes Spiel getrieben, vielfach geschieht es, weil der Baupredikant möglichst früh sein Kapital zinsbar machen will. Als die Baupolizei vor wenigen Jahren einige Vorschriften machte, welche so natürlich und gerecht waren, bei denen höchsten zu bedauern war, daß sie so spät kamen, 30-40 Jahre zu spät, da erhoben die Bauunternehmer natürlich das größte Geschrei: es ging gegen ihr Interesse, folglich wurde kein Mittel unversucht gelassen, die Bestimmungen der Baupolizei zu Falle zu bringen. Als das nicht durchgeführt werden konnte, suchte man wenigstens sich den Verordnungen auf jede Weise zu entziehen, was auch häufig genug gelang. Alle nur denkbaren Mittel wurden im Uebermaß angewandt, um eine Einführung der Verordnungen zu verhindern, selbst die Arbeiter verfuhrte man, freilich mit wenig Glück, damals dafür zu gewinnen, daß sie zu Gunsten der Leute, welche auf sie den äußersten Druck ausübten, Petitionen loslassen sollten. Hierbei handelte es sich schließlich sogar noch um ein allgemeines Interesse, die bestehenden Klassen waren dabei mindestens ebenso stark geschädigt worden, wie die Arbeiter. Nun kommen aber bei der Herstellung der Bauten auch ganz andere Mißstände in Betracht, welche lediglich die Arbeiter betreffen und hiergegen sind bisher noch keine Maßnahmen getroffen worden. Auf den Baustellen herrscht zunächst Uebelstand vor, daß es in der Regel an passenden Räumen fehlt, in denen die Arbeiter sich während ihrer Ruhepausen aufhalten und wo sie Schutz vor dem Wetter finden können. Der andere Fall aber, welcher hauptsächlich die Maler, Töpfer und Stuckateure betrifft, ist der, daß sie in zugigen Räumen, allen Umständen der Witterung ausgesetzt, sich während der Arbeit aufhalten müssen. Um Abhilfe für diesen Uebelstand zu erhalten, verlangen die Arbeiter nichts weiter, als ein Verglasen der Fenster, eine so gerechte und billige Forderung, welche dem Unternehmer nur ganz geringe Kosten verursachen dürfte. Jedoch selbst hiergegen wird der stärkste Widerstand geleistet, man zwingt die Arbeiter ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit in zugigen und feuchten Räumen zu arbeiten.

Man kann es dem Unternehmer kaum verargen, wenn er möglichst schnell den Bau fertig stellen will, wozu die Austrocknung mittelst der offenen Kofalkoförde sehr geeignet ist. Geht es aber, ohne daß dabei die Gesundheit eines anderen Menschen geschädigt wird, so ist dagegen gar nichts einzuwenden. Unerhört ist es aber, wenn man die Arbeiter zwingt, in den durch die offenen Kofalkoförden von giftigen Gasen geschwängerten und mit Rauch und Qualm angefüllten Räumen den ganzen Tag über zu arbeiten. Redner schildert eingehend, welche ungesunde Wirkungen die Kohlenoxyd- und anderen giftigen Gase auf Lunge und Gesundheit des Arbeiters ausüben, und er ist der Meinung, daß die dabei interessierten Gewerkschaften mit größter Entschiedenheit für Beseitigung solcher Uebelstände auftreten müßten, daß sie eine rege Agitation hierzu ins Werk setzen müßten. Dem einzelnen Arbeiter kann man keine Schuld beimesen, wenn er, in vergifteter Luft arbeitend, seine Gesundheit aufs Spiel setzt, die Noth und der Hunger zwingen den 'freien' Arbeiter, einen 'freien' Arbeitsvertr. ag einzugehen, wie Herr Dr. Hirsch es nennt. Deshalb müssen sich eben die Arbeiter fest zusammenschließen, damit die ganzen Gewerkschaften gegen vorhandene Mißstände Front machen können. Die heutige Wirtschaftsordnung wird dem Arbeiter von selbst nichts in den Schooß werfen, alles, was derselbe erreichen will, wird er sich erst erkämpfen müssen. Die gerechtesten Forderungen der Arbeiter wird man anfänglich verachten, unsere Stadtvertretung muß es mit dem Hinweis darauf, daß mit denselben möglicher Weise den sozialistischen Bestrebungen Vorschub geleistet werden könnte. Man dürfe demzufolge auch sehr leicht von unverschämten Forderungen der Arbeiter sprechen, wenn diese auf Beseitigung der besprochenen Mißstände dringen werden. Erwinlich ist es, daß sich mehrere Gewerkschaften zum gemeinsamen Vorgehen vereinigt haben, nicht durch Bitten und durch Vorstellungen kann eine Besserung herbeigeführt werden, sondern nur allein durch einen Zwang, und Zwang ausüben gefattet und das Koalitionsrecht, es sei denn, daß man die Arbeiter durch die beabsichtigte Beschränkung desselben außerhalb des Gesetzes stellen sollte. (Lebhafte Beifall.)

An der Diskussion über den Vortrag beteiligten sich eine ganze Reihe von Rednern, welche die Ausführungen des Referenten erörterten und die vorhandenen Mißstände näher beleuchteten. In seinem Schlusswort sprach Kessler seinen Beifall zu einem Antrag aus, eine Kommission von 6 Personen zu wählen, in welcher jede der drei Gewerkschaften durch zwei Männer vertreten sein soll und welche die geeigneten weiteren Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen hat.

Es gelangte hierauf folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die heute tagende Versammlung der Maler, Töpfer und Stuckateure Berlins erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich mit ganzer Kraft für Beseitigung der ihrer Gesundheit so schädlichen Kofalkoförde, sowie für Verglasung der Fenster auf den Bauten einzutreten, damit dem Arbeiter nicht das einzige Gut, welches er sein Eigen nennt: Seine Gesundheit und Arbeitskraft, frühzeitig verläumert wird. Die drei Gewerkschaften versprechen, sich in ihren Bestrebungen zur Verbesserung ihrer Lage zu unterstützen, sowie auch gemeinsam das Reichs-Gesundheitsamt und die sonstigen Behörden auf die für die Gesundheit der Arbeiter schädlichen Zustände aufmerksam zu machen und um deren Beseitigung zu eruchen.

Sodann wurde zur Wahl der sechs Personen für die Kom-

mission geschritten, für deren Einsetzung sich die Versammlung schon vorher entschieden hatte. Gewählt wurden die Löpfer: Zbiens, Heisenhauer, die Stuckateure: Markert, Braun, und die Maler: Kude, Minckley.

Eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen lagte am Donnerstag, den 16. d. M., behufs Entgegennahme des Berichtes vom Delegirten der Metallarbeiter der Provinzen Brandenburg und Pommern und Wahl eines Vertrauensmannes der Branche. — Den Bericht, der ja in seinen Hauptzügen mit den Resolutionen schon im 'Vormärz' und der 'Metallarbeiter-Zeitung' bekannt gegeben, trug Kollege Werwin vor. Kollege Edert ergänzte seine Ausführungen, und die vom Delegirten vorgeschlagenen Resolutionen wurden der Versammlung unterbreitet und von derselben einstimmig angenommen. — Zum Vertrauensmann der Branche wurde Kollege Einermacher einstimmig gewählt.

Bei 'Verschiedenen' sprachen mehrere Kollegen den Wunsch aus, daß der Vertrauensmann dahin wirken möge, daß der Zusammenschluß sämtlicher Metallarbeiter recht bald vor sich gehen möge. Kollege Werwin macht noch bekannt, daß der Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen eine nächste Versammlung am Sonntag, den 25. d. Mts., im

4. Ziehung der 4. Klasse 183. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 23. Januar 1891, Vormittags.
Kur die Gewinne über 210 Mark sind hier beizusetzen.
in Verrenten beizusetzen.
(Das übrige.)

51 132 78 22 95 416 572 90 643 726 928 38 974 1083 88 102 64	202 907 434 576 87 668 736 130001 806 91 909 2112 48 201 9 93 359	486 552 837 86 998 3096 77 304 404 44 1500 73 301 615 810 22 56	115001 939 4211 29 54 84 83 207 501 12 95 080 730 44 47 902 3117	13001 25 48 255 311 72 98 449 509 31 6471 130001 311 13001 42 503 15	787 15001 926 94 7129 43 225 98 406 28 115001 647 829 62 900 3 82	8076 1001 13001 19 31 412 26 49 826 937 9010 44 171 215 352 427 563	663 738 57 991
10005 19 318 73 13001 526 130001 42 52 91 614 84 172 856 11032	94 255 57 359 63 533 618 892 12017 90 137 814 29 570 73 628 15001	843 918 33 13019 85 90 130001 232 34 49 380 373 301 44 98 14189	235 52 32 614 871 959 13001 15007 130001 130 286 314 422 88 708	24 914 47 71 10004 15001 117 320 29 452 547 76 617 845 17099 662	709 94 927 27 18262 251 87 459 95 675 827 10086 99 137 46 291	547 115001 78 616 708 82	
20014 188 248 72 431 567 610 30 707 13001 884 927 40 21005	15001 51 100001 387 44 130001 516 87 722 836 919 47 23012 147	76 208 31 600 8 90 802 969 28139 262 668 130001 861 923 130001	24079 167 24 55 395 522 110001 936 688 89 13001 712 35 47 130001	64 872 82 956 88 130001 23072 190 268 340 13 68 579 912 18 47	20085 155 787 815 27000 72 182 6 202 24 38 442 609 18 62 20086	162 383 433 44 575 73 843 900 29414 63 66 56 460 518 72 934	
30084 346 81 547 730 52 81 31010 325 93 486 15001 790 801 61	67 904 12 49 38011 55 208 83 361 576 614 57 780 826 57 73 989	33019 354 71 83 466 706 43 644 743 13001 811 978 34015 17 172 261	334 680 655 26 56 150 91 51 402 524 704 859 921 61 46057 125 35 261	79 80 313 29 67 511 864 47088 164 96 264 130001 555 997 718 89 624	544 51 92 767 15001 863 951 95 38103 330 668 73 933 30026 91	171 225 74 306 77 570 814 50 130001	
40084 112 33 59 212 338 13001 63 85 130001 423 75 573 646 760 67	926 69 41092 57 58 110 236 551 755 69 875 92 999 42178 803 54	98 18 45 61 76 588 705 28 837 42 43088 112 311 19 98 560 608 894	941 78 15001 44057 288 308 19 567 608 18 700 13001 3 21 47 98 916 17	43260 305 26 56 150 91 51 402 524 704 859 921 61 46057 125 35 261	79 80 313 29 67 511 864 47088 164 96 264 130001 555 997 718 89 624	85 900 48 57 48004 188 97 214 54 402 658 767 79 812 39 69 918 26	84 49188 428 58 706 812 61
50188 52 57 276 389 605 729 895 98 980 51143 544 723 59 847	71 30022 94 341 208 424 47 786 79 92 806 53143 72 81 15001 232 391	617 89 974 34108 13001 42 74 211 351 448 89 653 90 948 75 52224	44 56 314 130001 79 446 99 604 26 55 722 828 908 36112 90 13001 217	115001 449 91 83 854 983 57289 524 602 17 703 58 89 38040 51 214	41 71 304 6 58 90 474 160 85 86 89 632 758 59100 41 338 400 36 586	13001 708 29 72 925	
60072 232 55 330 60 526 690 11 81 763 859 961 61480 557 803 43	63 907 95 60225 49 92 139 227 62 453 660 15001 781 974 84 60392	96 80 259 93 450 550 15001 657 732 91 15 15001 630 99 41 94 96 568	06 94 13001 63099 296 1100001 407 946 30 744 65 72 968 39 57 66 30	100 25 61 73 347 752 805 47 980 67864 130001 139 293 384 32 92	425 49 720 890 63 68001 30 37 235 40 327 680 859 39 552 60076	215 301 424 28 51 763	
70153 85 349 456 616 763 96 902 71013 189 236 422 15001 71 80	269 54 945 29188 156 775 358 43 80 455 511 62 624 13001 816 98 909	72329 13001 325 63 403 779 945 74102 10 63 33 57 583 637 43 778	921 75015 78 112 13 62 65 201 13001 15 31 63 50 601 709 921	39 78 74 76222 44 216 23 349 572 649 737 60 77081 89 205 310 76	442 545 604 25 525 130001 37 79075 25 402 533 405 1001	71 71 109 31 53 254 305 17 70 422 533 405 1001	
80152 309 59 74 453 800 27 15001 95 904 29 59 81004 286 432	53 98 315 78 781 846 926 78 823 81 74 13001 406 13001 41 623 45 86	13001 917 83041 51 15001 117 27 283 91 306 479 95 526 34 115001 606	81 709 894 84041 216 65 329 417 573 338 61 115001 781 806 11 83102	58 84 86 273 378 451 69 696 77 782 882 86053 146 17 50 80 86 243	80 308 623 817 87018 129 94 130001 406 13001 504 764 89 855 39 39	15001 919 81 88222 206 30 35 404 41 50 18 13001 82 89001 146 216	28 70 307 428 115001 750 86 831 988
90064 13001 66 88 204 300 43 442 65 512 13001 66 682 803 942	90064 13001 66 88 204 300 43 442 65 512 13001 66 682 803 942	01252 445 64 692 903 92229 49 13001 63 15001 416 64 130001 724 29					

4. Ziehung der 4. Klasse 183. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 23. Januar 1891, Nachmittags.
Kur die Gewinne über 210 Mark sind hier beizusetzen.
in Verrenten beizusetzen.
(Das übrige.)

36 43 63 334 48 403 504 621 23 227 62 85 945 63 1131 229 87 526	40 61 122 4 87 702 039 63 169 130001 112 17 76 300 53 542 86 89 92	046 775 81 15001 71 945 15001 3109 64 313 470 511 677 948 4060	150 15001 506 44 727 78 813 81 5018 50 79 96 171 257 48 81 391 431	702 13001 605 13001 275 412 716 992 7095 116 32 261 517 754 889	916 34 88 8084 123 87 293 320 523 81 789 920 44 9203 6 59 76 315	429 573 630 74 730 76												
10098 135 15001 286 349 74 438 13001 541 856 924 11022 76 91	435 449 737 844 902 130252 153 58 249 110001 162 334 612 618 32 550	15001 82 901 15000 543 301 115001 419 554 762 10698 17 23 97	163 432 64 534 644 86 88 785 97 1702 238 93 304 409 541 47 83	623 72 747 92 846 907 56 18025 43 82 204 14 439 775 950 15001 62	19189 210 82 99 339 484 569 728 68 852	20280 217 78 98 427 63 530 150001 40 13001 817 939 21277 80	377 451 556 82 15001 962 87 94 22041 115 356 666 118 636 80 785	835 23062 247 340 65 569 92 15001 675 922 45 84351 56 605 80 702	822 54 77 23141 257 69 13001 355 419 61 505 601 13001 24 847 910 11	20022 45 121 265 37 390 42 75 61 608 26 40 709 270 8 26	149 70 588 615 17 115001 73 13001 741 840 904 54 28021 48 278 308 72	632 666 786 902 13 20184 200 99 345 839 859 729 15001 826 924 84	30299 125 203 304 11 47 637 49 270 834 31003 101 254 38 44	320 69 563 668 812 950 32024 89 187 99 355 81 614 89 846 47 927	15001 33015 194 365 427 83 625 46 712 874 917 34462 68 92 1 2	414 871 81 35120 196 302 36 89 490 624 87 825 30005 50 111 60	150001 81 302 16 60 601 37356 133 265 410 73 84 782 39 805 182	220 94 663 77 95 747 863 98 39403 92 410 73 84 782 39 805 182
40005 901 13 187 44 72 529 601 13001 72 748 863 93 945 87 41305	62 421 68 92 532 62 15001 609 731 855 13001 908 40 15001 423 6 494	616 760 858 90 984 43051 347 432 532 630 40 769 77 809 954 44197	79 263 335 71 96 805 43001 194 215 17 69 91 585 604 45 135 40098	232 80 13001 822 41 25 822 78 604 17 952 47087 184 325 39 79 997	28 38 84 721 75 888 48007 133 40 919 808 49043 382 402 63 743	814 30 86 927												
50102 31 71 208 21 425 31 544 81 656 67 76 706 51058 298 338	440 92 15001 538 926 30 80 93 520 137 41 312 538 97 117 985 53043	509 79 98 119 279 449 47 545 734 44 54 898 902 80 11 606 71 541 43 18	667 55160 453 69 647 95 818 32 50905 119 20 5708 44 312 69 97 47 79	533 4 662 59 750 61 13001 97 853 907 16 29 2789 26 130 211 318	805 616 47 809 81 939 56 58222 24 80 421 22 578 657 95 763 75	829 945 69 59183 242 75 396 420 305 716 82 66 979												
60171 13001 81 605 883 777 91 845 63 6193 31 73 88 957 807	12 44 913 39 46 63 60584 82 275 427 547 15001 731 889 21 907 63124	74 222 26 598 640 727 75 95 800 909 64002 101 281 304 42 13001 429	626 725 83 77 83 986 65129 221 309 17 80 130001 408 45 664 94 913	60223 89 271 815 402 79 611 40 148 66 933 130001 41 88 67219 66 519	51 745 855 68049 15001 239 82 386 409 760 897 909 20 46 69030 65	63 71 149 218 378 425 69 867												
70081 90 288 303 68 70 415 98 514 76 651 82 714 45 97 822 71084	85 314 513 34 639 50 880 924 72116 90 319 30 69 76393 72828 407	338 889 809 909 150001 74147 85 216 421 69 97 504 747 25567	106 706 816 76170 8 276 90 345 619 41 726 37 890 950 89 77013	108 382 93 15001 486 98 507 37 702 17 52 807 15 290 78082 92 126 45	115001 47 267 371 416 632 52 59 801 14 68 79013 327 565 78 150001	623 733 15001 70 800 3 79												
80009 231 351 401 45 779 95 875 81185 542 44 13001 54 797 80018	143 50 15001 87 98 13001 225 50 337 41 43 15001 75 314 639 708 876	30000 97 80998 193 18 214 820 13001 648 15001 83 710 22 847 54	331 84010 65 376 79 211 76 545 519 31 31 45 61 90 13001 744 83082	90 126 228 343 43 425 320 43 70 617 823 95 100001 252 63 13001	60226 77 95 99 762 81 235 833 87114 19 78 338 623 741 66 74 889	88043 59 140 275 60 566 79 635 848 943 13001 90114 308 45 15001	75 631 48 77 805 905 23 28 37											
90172 405 22 71 99 619 78 84 115001 702 876 95 958 01127 92 300	88 482 827 619 767 807 925 35 69 95 02141 150001 307 25 95 325 13001	428 518 612 81 94 115001 772 925 53 87 13001 93045 85 113 15 332	406 15 835 96 94044 67 817 115001 44 321 405 30 899 95085 449 75	130001 683 762 921 25 50 96016 62 245 56 57 376 714 829 99 948 97140														

selben Lokal hat; außerdem veranstaltet derselbe Verein am Sonnabend, den 7. März, bei Busch, Große Frankfurterstraße 87, einen Wiener Maskenball. Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Metallarbeiter-Bewegung vom Vorsitzenden geschlossen.

Der Verein der Kurbesteherrinnen, Stepper & Co. hielt am Sonnabend, den 10. Januar, eine Mitglieder-Versammlung ab. Herr Paus hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über freie Liebe. Nach der Versammlung, welche sehr zahlreich besucht war, fand ein gefälliges Beisammensein mit Tanz statt, welches die Teilnehmer bis spät in die Nacht zusammenhielt. Der Vorstand des Vereins ist bemüht, durch lehrreiche Vorträge des Interesses der Mitglieder wach zu erhalten und durch Veranstaltung geselliger Abende die Kollegialität zu fördern. Es werden deshalb alle diejenigen Kolleginnen und Kollegen, welche dem Verein noch nicht angehören, ersucht, sich baldmöglichst denselben anzuschließen. In alternativer Zeit wird ein Arbeitsnachweisbureau errichtet werden, welches aus Nichtmitgliedern benutzt werden kann.

Freireligiöse Gemeinde, Rosenfelderstraße 88. Sonntag, den 25. Januar, Vormittags 10 Uhr, Vortrag des Herrn W. Göttsche über: 'Das Paradies.' Göttsche sehr willkommen.

53 840 941 93126 85 228 213 50 421 514 61 633 787 815 94118 29 64	88 234 61 391 443 542 89 774 15001 805 59 95091 130001 182 209 33	700 209 942 73 96310 319 59 444 64 667 811 56
---	---	---